Rede des Genossen ENVER HOXHA zur proletarischen Kunst und Kultur Seite 6

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 8 vom 22. Februar 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Das ist der Zweck der 'stabilitätsgerechten' Abschlüsse

Verschärfte Ausbeutung durch Lohnraub

Während auch in der letzten Woche in einer Reihe von Betrieben mehrere tausend Kollegen in kurze Streiks traten, beschlossen Metallkapitalisten und IGM-Apparat am 14. 2. 75 den Lohnraub – 6,8%, also abgesehen von einigen Zehntel Prozent genau der Abschluß, den die Metallkapitalisten von Anfang an gewollt hatten. Für die Laufzeit dieses Tarifvertrages völlig unter den Tisch gefallen sind die Zusatzforderungen wie der Wegfall der Lohngruppe 2, die von den IGM-Bonzen umso mehr in den Vordergrund gespielt worden waren, je klarer ihr gezieltes Hinsteuern auf einen Lohnraubabschluß zwischen 6% und 7% wurde.

Dieser Lohnraubabschluß von 6,8% bedeutet für die Metallarbeiter eine erhebliche Senkung des Reallohns. Erst in den letzten Tagen ist eine Erhöhung der Lebensmittelpreise angekündigt worden. Anfang des Jahres flatterten vielen Arbeitern Mieterhöhungen ins Haus, die Krankenkasse und die Arbeitslosenversicherung wurde teurer. Dazu kommt, daß viele Metallarbeiter kurzarbeiten müssen, daß tausende von Entlassung bedroht sind. Angesichts dieses Lohnraubs aber ist es kaum noch möglich, Geld für einen Notfall zurückzulegen. Außerdem werden Kurzarbeitsgeld und Arbeitslosenunterstützung ebenfalls entsprechend niedrig ausfallen. Und dieser Angriff auf den Reallohn betrifft nicht nur die Metallarbeiter. „Metallabschluß setzt Maßstab" – so und ähnlich lauteten die Schlagzeilen nach dem Lohnraubabschluß in der bürgerlichen Presse. Es ist ein offenes Geheimnis, daß sowohl in den anderen Tarifbezirken von Metall als auch bei anderen anstehenden Tarifrunden die Ergebnisse ähnlich ausfallen werden. So war am Wochenende auch für die Tarifverhandlungen bei ÖTV klar, daß der Abschluß auf jeden Fall unter 6% liegen wird.

In den Warnstreiks der Kollegen nach dem Scheitern der Schlichtungsverhandlungen ist deutlich geworden, daß die Metallarbeiter auf jeden Fall einen höheren Abschluß als 6% oder 7% wollten. Sehr vielen Kollegen war nach der Schlichtung klar, daß bei der Durchsetzung der ursprünglichen IGM-Forderung nach 11% mehr Lohn auf die IGM-Bonzen nicht mehr zu zählen war.

Die Partei hat während dieser Tarifrunde diese spontane Empörung gegen den IGM-Apparat unterstützt, sie hat den Kollegen erklärt, daß hier nicht einzelne Bonzen den Kampf verraten, sondern daß der gesamte IGM-Apparat mit seinen Theorien von „Wir sitzen alle in einem Boot", von „Partnerschaft" und „Mitbestimmung" nur die Arbeiterklasse an den Kapitalismus fesseln will und mit direktem Druck die Interessen der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse durchsetzen soll. Deshalb aber ist es notwendig, daß sich die Arbeiter auf klassenkämpferischer Grundlage zusammenschließen und im Vertrauen auf ihre eigene Kraft auf den Aufbau einer Revolutionären Gewerkschaftsopposition hinarbeiten.



Februar '75: Die Kollegen der Gutehoffnungshütte marschieren zum Verwaltungsgebäude

Die modernen Revisionisten der D„K"P dagegen taten das genaue Gegenteil. Sie versuchten mit allen Mitteln, das Vertrauen der Kollegen in den IGM-Apparat aufrechtzuerhalten und beteiligten sich sogar offen daran, wirkungsvolle Streiks zu verhindern. So suchte man in den Zeitungen der D„K"P in den Tagen nach der geplatzten Schlichtung vergebens nach der Information, daß die IGM-Bonzen dem Schlichtungsvorschlag von 7% zugestimmt hatten. Im Gegenteil, sowohl in der „UZ" als auch in den Betriebszeitungen der D„K"P wurde so getan, als stünden nach wie vor die 11% zur Debatte. Während die ersten Kollegen nach der geplatzten Schlichtung in den Streik traten, propagierte die D„K"P die Urabstimmung für 11%. Als schließlich der Verrat der IGM-Bonzen bei den Schlichtungsverhandlungen nicht mehr zu verheimlichen war,

Fortsetzung auf Seite 3

Urteil im Antikriegstagsprozeß

3 ½ Jahre Gefängnis für Peter, Hubert, Bernd

Am Mittwoch, den 12. 2. 75, wurde in München das Urteil im Prozeß gegen die Genossen Peter Bayer, Hubert Lehmann und Bernd Reiser gesprochen. Wie der Staatsanwalt gefordert hatte, wurde Peter Bayer zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Das ist ein halbes Jahr mehr als die Strafe im ersten Prozeß vor einem Jahr. Die Berufung der Genossen Hubert und Bernd wurde verworfen. Weil dieses Urteil nach dem Jugendstrafrecht gefällt wurde, haben alle drei Genossen keine Möglichkeit mehr, dagegen Revision einzulegen. Der Staatsanwalt deutete am letzten Verhandlungstag bereits an, daß er auf eine schnelle Vollziehung der Strafe dringen wird.

Auch am letzten Verhandlungstag blieb die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Trotzdem waren 30 bis 40 Freunde und Genossen gekommen, darunter auch ein Kollege des Genossen Bernd und seine Frau, die vor dem Gerichtssaal auf die Angeklagten warteten. Richter Höfner machte in seiner Urteilsbegründung sich erst gar nicht die Mühe, auf die widersprüchlichen Aussagen der Polizeizeugen einzugehen, sondern erklärte einfach, die Angeklagten würden sich von ihrer Schuld sowieso nicht überzeugen lassen, deshalb sei eine nähere Begründung des Urteils auch nicht notwendig.

Nachdem schon den ganzen Tag über die Ortsgruppe München der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS (RHD) und die Partei vor den Betrieben und im Stadtteil über den Prozeß berichtet hatten, fand abends eine kämpferische Veranstaltung statt, zu der über 100 Menschen kamen. Die angeklagten Genossen berichteten hier noch einmal über den Prozeß. Ein Vertreter der Partei erklärte die Bedeutung der Demonstration am Roten Antikriegstag 1972, bei der die Partei klargestellt hatte, daß sie sich den Kampf gegen den imperialistischen Krieg nicht mit Bannmeilen verbieten läßt, sondern sich das Recht auf die antimilitaristische Agitation und Propaganda, das Recht auf die Straße erkämpft. Auf der Veranstaltung wurden eine Reihe von Resolutionen vorgelesen, unter anderem eine Resolution der RHD Marburg und der CISNU. 450 DM wurden zur Unterstützung von angeklagten Kommunisten und anderen Revolutionären gesammelt.

Ein großer Erfolg, den die Partei und die RHD in diesem Prozeß erkämpft haben, ist der Freispruch des Genossen Klaus Stahl, der in der ersten Verhandlung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war. Diesmal, wo der Genosse nicht allein vor Gericht stand, wagte es das Gericht nicht mehr, nachdem die Mutter des Genossen Stahl entlarvt hatte, daß der auf den „Beweisphotos" abgebildete Demon-

Fortsetzung auf Seite 7

Die Spaltung Zyperns

Im Interesse der beiden Supermächte

Der Versuch, Zypern in zwei Staaten zu spalten wird von der imperialistischen Propaganda als ein Ergebnis des Kampfes zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen hingestellt. In Wirklichkeit aber sind es die Imperialisten, allen voran die beiden Supermächte, die mit allen Mitteln versuchen, die staatliche Einheit und Souveränität Zyperns zu zerstören, weil sie hoffen, die Insel, die für beide Supermächte im Kampf um die Hegemonie im Mittelmeerraum von großer Bedeutung ist, leichter in ihre Klauen zu bekommen.

Die betriebene Abspaltung des nördlichen Teils der Insel und seine Proklamation als selbständiger Staat hat mit den legitimen Rechten der türkisch-stämmigen Bevölkerungsgruppe Zyperns nichts zu tun. Die rund 150 000 Zyprioten türkischer Abstammung haben keineswegs hauptsächlich den nördlichen Teil der Insel bewohnt. Obwohl türkische Truppen dieses Gebiet besetzt halten, obwohl die britischen Imperialisten eigens eine Luftbrücke errichteten, um Tausende Zyprioten türkischer Abstammung in diesen Teil der Insel einzufliegen, um die Spaltung vorzubereiten, leben auch jetzt nur rund 50% der türkisch-stämmigen Bevölkerungsgruppe in diesem Teil der Insel. **Eine Spaltung der Insel kann die Probleme Zyperns in keiner Weise lösen.**

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Rohstoffkonferenz

Vereinter Kampf der 3.Welt

„Seit dem 4. Februar haben sich in Dakar Vertreter von Entwicklungsländern getroffen, um über eine feste Zusammenarbeit der Rohstoff produzierenden Länder auf Organisations- und Regierungsebene zu diskutieren, Erfahrungen auszutauschen und ihre Positionen für den weiteren Kampf um das Problem der Rohstoffe zu vereinheitlichen. Dies ist seit der 6. Sondersitzung der UN-Generalversammlung im April letzten Jahres ein weiterer Schritt in ihrem vereinten Kampf zur Verteidigung der staatlichen Souveränität, der nationalen Reichtümer und der Entwicklung der nationalen Wirtschaft. (. . .)

Seit der Kapitalismus das monopolistische Stadium erreicht hat, haben Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus zu jedem Mittel Zuflucht genommen, um die Wirtschaft ihrer Kolonien und der abhängigen Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika zu kontrollieren mit dem Ziel, in größtem Ausmaß die Rohstoffe zu plündern und die höchsten Profite zu raffen. Dies hat nach Erreichung der Unabhängigkeit in vielen Ländern der Dritten Welt Schwierigkeiten bereitet, die Rolle eines nur Rohstoff produzierenden Landes loszuwerden. Viele Entwicklungsländer können nur ein oder zwei Sorten Rohstoffe herstellen und exportieren, während sie die meisten Dinge des täglichen Lebens einschließlich Getreide importieren müssen. Unvollständige Statistiken zeigen, daß es 59 Länder in der Dritten Welt gibt, deren Export von ein oder zwei Rohstoffen über 50% des Gesamtexports ausmachen. In 39 dieser Länder machen sie sogar 70% des Gesamtexports aus.

Die beiden Supermächte, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, sind heutzutage die größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker. (. . .) Durch übernationale Gesellschaften beherrschen die USA den Großteil der Produktion, Verschiffung und Vermarktung der Rohstoffe der Dritten Welt. Die USA haben alle Wege und Mittel angewendet, um die Preise für Rohstoffe niedrig zu halten, Maximalprofite zu scheffeln und die Last ihrer Wirtschaftskrise den Ländern der Dritten Welt aufzubürden. Der sowjetische Sozialimperialismus seinerseits bedient sich ‚langfristiger Handelsabkommen' und der Erpressung von Rückzahlungen für seine ‚militärische Unterstützung' und ‚Darlehen', um die Dritte Welt mit Preisen von 10-15% unter denen des internationalen Marktes um ihre Rohstoffe zu prellen. Manchmal fischt er fabelhafte Profite durch Weiterverkauf zu hohen Preisen.

Den Statistiken der Vereinten Nationen zufolge, sind die Rohstoffpreise seit 1952 gefallen. In den 10 Jahren bis 1962 fielen die Exportpreise für Grundprodukte um 28% und die der landwirtschaftlichen Rohstoffe um 46%. Anfang der 60er und Anfang der 70er Jahre gab es zwar Preisschwankungen bei den Grundprodukten, aber allgemein wurden sie auf einem niedrigen Stand gehalten. Im Gegensatz dazu schnellten die Exportpreise für Fabrikationswaren der wirtschaftlich entwickelten Länder in die Höhe. Von 1961 bis 1972 raubten durch solchen ungleichen Handel die wirtschaftlich entwickelten Länder den Entwicklungsländern insgesamt 98,3 Milliarden Dollar. Allein 1971 und 1972 verloren die Entwicklungsländer auf diese Weise 23,3 Milliarden Dollar. (. . .)

Viele Länder der Dritten Welt haben sich wegen der Rohstoffproduktion und der Preise gegen die imperialistischen Monopole erhoben. Sie wurden sich in wachsendem Maße bewußt, daß sie sich vereinigen müssen im Kampf gegen die Kontrolle und Ausbeutung durch die internationalen Monopole. Die Errichtung der Organisation der Kakao produzierenden Länder und ihr Kampf ist ein schlagendes Beispiel dafür. Als in den 60er Jahren die Kakao produzierenden Länder eines nach dem anderen die Unabhängigkeit erhielten, wurde 1962 die Gemeinschaft gegründet. Von Panik ergriffen, errichtete die internationale Organisation der Monopole in weniger als zwei Monaten eine „Internationale Kakao-Handelsgesellschaft", um sich der Gemeinschaft der Kakao produzierenden Länder zu widersetzen. Die Gemeinschaft der Kakao produzierenden Länder kämpfte vereint und unterzeichnete unter Ausschluß der imperialistischen Länder im Oktober 1964 das erste internationale Kakao-Abkommen. Sie konterten dem Preisdruck der Imperialisten mit dem Entzug vom Markt und vernichteten ihre Lagerbestände. Angesichts dieses standhaften Kampfes der Gemeinschaft scheiterten alle imperialistischen Ränke. Aber der Weg des Kampfes ist nicht ohne Windungen. Die Imperialisten nutzten die Schwierigkeiten, die sich für die erst jungen unabhängigen Kakao produzierenden Länder aus der früheren Ausplünderung ergaben und zwangen sie, den Kakao-Absatz wieder aufzunehmen und drückten die Preise wieder herunter. Trotzdem harrten die Kakao produzierenden Länder in einem zähen fast zehnjährigen Kampf aus und beschlossen schließlich ein für sie vorteilhaftes internationales Kakao-Abkommen auf der internationalen Kakao-Konferenz 1972 in Genf. Dem Abkommen – einem harten Schlag gegen die Interessen des Imperialismus – verweigern die Vereinigten Staaten bis heute ihre Unterschrift.

Ein noch mehr ermutigendes Beispiel ist die Ölwaffe, die die Öl produzierenden arabischen Länder während des Oktoberkrieges im Mittleren Osten anwandten. Dieser Kampf hat nicht nur einige industrialisierte Länder dazu gebracht, ihre Haltung zur Mittelost-Frage auf verschiedenen Stufen zu ändern, sondern der Kampf hat auch die Machtlosigkeit der Supermächte offenbart. Der Sieg im Ölkampf hat den Ländern und Völkern der Dritten Welt große Ermutigung gegeben. Mit Kampfgeist und moralisch gestärkt führten die Vertreter der Länder der Dritten Welt auf der 6. Sondertagung der UN-Generalversammlung zahlreiche unwiderlegbare Tatsachen auf und verurteilten die Ausplünderung der Entwicklungsländer durch Kolonialismus und Imperialismus und insbesondere durch die zwei Supermächte. Sie forderten entschieden einen völligen Wandel in der bestehenden Weltwirtschaftsordnung, die auf der Kontrolle und Ausbeutung durch Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus beruht.

Gegenwärtig wird die Einheit der Rohstoff produzierenden Länder noch geschlossener und die Reihen ihrer Organisationen wachsen an. In diesem und im letzten Jahr wurden und werden noch Organisationen für die Bananen produzierenden, die Bauxit produzierenden und fünf andere Rohstoffe produzierenden Länder gegründet. (. . .) Der Kampf geht voran; aber es wird kein einfaches Dahinsegeln sein. Doch Einheit bedeutet Stärke. Die Länder und Völker der Dritten Welt werden sicherlich die Einheit verstärken und im Kampf erstarken und sie werden neue Siege erringen." (Von: Nachrichtenagentur „Hsinhua").

Kremlzaren wollen Einfluss in der EG

Nach Aufforderung der sowjetischen Sozialimperialisten reiste vor kurzem eine Delegation der EG nach Moskau, um Gespräche über eine mögliche Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschaftsblock des sowjetischen Sozialimperialismus, dem Comecon, und der EG zu führen.

Im Verlauf der letzten Jahre haben die sowjetischen Sozialimperialisten immer engere Beziehungen zu den Ländern Westeuropas gesucht. Ob in den Direktionsetagen im Ruhrgebiet, in Paris oder Rom – überall reichen sich die sowjetischen Handelsdelegationen bei den westeuropäischen Imperialisten die Türklinke. In Essen z. B. vergeht kaum ein Tag, ohne daß eine neue sowjetische Wirtschaftsdelegation angereist kommt. Mit Milliardenaufträgen an westeuropäische Monopole wie dem Lastwagenwerk an der Kama, dem Röhrengeschäft, der Erschließung von Erdgas, Erzen in Sibirien usw. wollen die sowjetischen Sozialimperialisten zunehmend ein wichtiger Faktor in den Wirtschaften der westeuropäischen Ländern werden, wirtschaftlichen und politischen Einfluß gewinnen, um Westeuropa enger an ihren Herrschaftsbereich zu ketten.

In diesem Rahmen sind auch die Versuche der sowjetischen Sozialimperialisten zu sehen, Kontakte zwischen dem Comecon und der EG herzustellen. Sie locken mit großen Profiten, die gemeinsam von westlichen Monopolen und sowjetischen Sozialimperialisten aus den Völkern des Comecon herausgeholt werden sollen, sie locken mit den Rohstoffen der Völker Osteuropas und der Sowjetunion, um zugleich zu fordern, daß die Kremlzaren günstige Bedingungen für ihr Eindringen nach Westeuropa erhalten. Dabei ist es heute bereits den sowjetischen Sozialimperialisten gelungen, in die Länder Westeuropas, den Herrschaftsbereich des US-Imperialismus, wirtschaftlich einzudringen. Durch zweiseitige Abkommen hat die Moskauer Bank in Frankfurt, Paris und Zürich Zweigstellen errichtet. In mehreren Ländern gibt es Gesellschaften mit gemischtem Grundkapital des jeweiligen Landes und Moskaus: so in Westdeutschland z. B. die „Neotytechmasch-Export GmbH", in Frankreich die „Aktiv Auto", „Stabko-France",„Sogo", „Slawa", in Belgien die „Skoldia-Wolga" und in Italien die Gesellschaft „Stanitaliana", die mit 7 Agenturen den norditalienischen Markt für die von ihr geführten Produkte beherrscht.

Doch den sowjetischen Sozialimperialisten ist nicht nur daran gelegen, ihr wirtschaftliches Eindringen in die EG zu verstärken, sondern vor allem enge Verbindungen zu den EG-Gremien zu schaffen oder sogar gemeinsame Gremien zu errichten, um darin Subversion zu treiben, die Widersprüche zwischen den EG-Ländern zu verschärfen, um sie zu schwächen und politisch und militärisch für die Vorherrschaft des sowjetischen Sozialimperialismus sturmreif zu machen.

Natürlich sind die westeuropäischen Imperialisten nicht bereit, den sowjetischen Sozialimperialisten sofort Türen und Tore zu öffnen, dem größeren imperialistischen Konkurrenten bedingungslos Einlaß zu gewähren. Doch die sowjetischen werden ihre Bemühungen nicht aufgeben. In ihrem Ringen mit dem US-Imperialismus um die Vorherrschaft in der Welt und insbesondere in Europa werden sie jedes Mittel von verlogenen Versprechungen über Druck bis hin zur militärischen Gewalt ergreifen, um sich zum Herren der Welt zu machen. Die zunehmenden Versuche der sowjetischen Sozialimperialisten, jede Möglichkeit zu nutzen, um ihren Einfluß in Westeuropa zu stärken, müssen von den Völkern Westeuropas mit äußerster Wachsamkeit verfolgt werden, denn hinter der Maske von „friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen" stecken die expansionistischen Bestrebungen einer aggressiven sozialimperialistischen Supermacht.

Die Spaltung Zyperns - Im Interesse der beiden Supermächte

Fortsetzung von Seite 1

Dagegen liegt auf der Hand, daß die Spaltung der Insel das Land im Interesse der Imperialisten und vor allem der beiden Supermächte ungeheuer schwächen würde. In dem Nordteil der Insel liegen Zyperns wichtigste Kornanbaugebiete, hier werden 90% der Citrusfrüchte, die einen Großteil des Exports Zyperns ausmachen, geerntet, hier sind die Häfen für die Verschiffung des Eisenerzes aus den Minen des Landes. Es geht also nicht nur darum, Zypern zu spalten, die Lebenskraft ganz Zyperns soll gebrochen werden, damit es zur leichten Beute der beiden Supermächte wird.

Das zeigt, wie richtig es ist, was Genosse Huang Hua, der ständige Vertreter der Volksrepublik China in der UNO, vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sagte: *„Die Tatsachen haben uns belehrt, daß es dort, wo die beiden Supermächte miteinander rivalisieren, keine Ruhe geben wird und die Probleme noch komplizierter gemacht werden. Daher müssen wir in der Zypern-Frage entschlossen die Prinzipien der Unabhängigkeit, der Souveränität und der territorialen Integrität von Zypern aufrechterhalten und mit Entschiedenheit die Machenschaften aller fremder Kräfte, besonders der beiden Supermächte, bekämpfen."*

Parteispenden und Solidaritätsspenden

STICHWORT: KPD/ML

Buchladen ROTER MORGEN, Westberlin, Versteigerungserlös der Sylvesterfeier, 9. 1., 150,20 DM – R. R., Duisburg, 14. 1.. 8 000 DM – Feier zum 6. Jahrestag, Wiesbaden, 17. 1., 1 062 DM – D. H., Gävle, 28. 1., 29,20 DM – B. W., Düsseldorf, 4.2., 20 DM.

SUMME: 11 261,40 DM

SOLIDARITÄTSSPENDEN

Veranstaltung in Bochum am 24. 1.. 29. 1., 72 DM – R. K. (Unterstützung der „Soldatenfaust"-Prozesse), 13. 1., 40 DM – ROTER MORGEN-Leserkreis Mainz (zur Unterstützung der angeklagten Genossen im Antikriegstags-Prozeß München), 3. 2., 34,55 DM.

SUMME: 146,55 DM

Kurz berichtet

WESTBERLIN

Mitte Dezember erschien in Westberlin die erste Nummer der Zeitung „Der Rote Baustudent", herausgegeben vom KSB/ML, Sektion der Roten Garde. Die erste Nummer der Zeitung entlarvt in mehreren Beiträgen den Charakter der Justiz als bürgerlicher Klassenjustiz. Unter anderem berichtet „Der Rote Baustudent" von einem zionistischen Reserveoffizier, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU arbeitet und bei einer Auseinandersetzung in der TU einem Genossen den Unterkiefer zerschlug, so daß er vier Wochen im Krankenhaus liegen mußte. Es wird dann berichtet, wie der Genosse vor dem Zivilgericht einen Kampf gegen den Zionismus und gleichzeitig gegen die bürgerliche Klassenjustiz geführt hat.



BIELEFELD

Die Rote Garde Bielefeld hat in einem Flugblatt gegen das britische Nato-Manöver im Raum Gütersloh, Verl, Halle, Steinhagen, Werther vom 27.-31. 1. 75 zum Kampf gegen den Manöverterror und gegen die Kriegsvorbereitungen vor allem durch die beiden Supermächte, die USA-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten aufgerufen.

KORREKTUREN

Im RM Nr. 6 wird auf der Korrespondentenspalte von der „Bleihütte Stoltenberg" geschrieben. Das ist falsch. Es handelt sich um die Bleihütte „Stolberg". (Stolberg ist eine kleine Industriestadt in der Nähe von Aachen).

Im RM Nr. 6 muß es auf Seite 7 in der Sparte „Kampf der bürgerlichen Klassenjustiz!" unter „Lüdenscheid" richtig heißen: „Den angeschuldigten Antifaschisten haben sich inzwischen zahlreiche Entlastungszeugen (statt Belastungszeugen) zur Verfügung gestellt."

Im RM Nr. 2 im Artikel „Imperialistische ‚Winke' nach Albanien" muß es richtig heißen: „. . . . Albanien als Kriegsschadensersatz noch Summen schuldet, die in die Milliarden gehen." (statt: in die Millionen).

Im RM Nr. 5 ist uns beim „Bericht über die Abänderung der Verfassung" ein Übersetzungsfehler unterlaufen. Auf Seite 7, Spalte 3 oben muß es richtig heißen: „Im Abänderungsentwurf sind auch Bestimmungen zu finden über die nicht in der Landwirtschaft tätigen Einzerwerktätigen und darüber, daß die Mitglieder der Volkskommune kleine Parzellen für ihre private Nutzung bewirtschaften und häusliches Nebengewerbe in geringem Umfang ausüben dürfen." (Statt: „ . . . für ihren persönlichen Bedarf kleine Parzellen zu bebauen und in begrenztem Maß Familienmitglieder zu Nebenerwerbstätigkeiten zu beschäftigen.").

Im RM Nr. 7 steht auf Seite 5 im Artikel über den Bauernkrieg, daß Martin Luther „ . . . . in Wittenberg den Drohungen der Fürsten zum Trotz zu seiner Überzeugung stand." Richtig muß es heißen: „ . . . . in Worms . . ."

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Westberlin 36. Erscheinungsweise wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 30 DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Betriebsratswahlen 1975

Vorwärts beim Aufbau der RGO!

Vom 1. März bis zum 1. Mai finden die Betriebsratswahlen statt. Unsere Partei ruft auf, die Betriebsratswahlen zu nützen, um im Kampf gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz, gegen den imperialistischen DGB-Apparat, gegen die Arbeiterverräter der D,,K"P, gegen die Politik der Klassenversöhnung den revolutionären Zusammenschluß der Kollegen, den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition voranzutreiben.

Schon 1929 stellte Ernst Thälmann fest: *„Die Betriebsräte sind, vom reinen verfassungsmäßig gesetzlichen Standpunkt der Bourgeoisie aus gesehen, Instanzen, mit denen die Bourgeoisie heute versucht, ihre ‚wirtschaftsfriedlichen' Maßnahmen durchzuführen. Die Funktionen der Betriebsräte sind nach den Gesetzesbestimmungen festgelegt."* Diese Einschätzung gilt auch heute. Die Betriebsräte sind als Institution kein Kampfinstrument der Arbeiterklasse, sondern Gremien, die aufgrund der kapitalistischen Gesetze die Aufgabe haben, den „Betriebsfrieden" zu sichern, also Kämpfe der Belegschaften zu verhindern.

Für die Erfüllung dieser reaktionären Aufgabe steht vor allem der DGB-Apparat, der in den wichtigen Betrieben die Betriebsräte beherrscht. Auf der Grundlage der vom BVG befohlenen „vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit den Kapitalisten, der Betriebsfriedens- und Schweigepflicht sorgt der DGB-Apparat dafür, daß die Betriebsräte Agenten der Kapitalisten, Aufseher über die Belegschaften sind, wie es dem im BVG formulierten Willen der Bourgeoisie entspricht. **So ist der Kampf für rote Betriebsräte, gegen das reaktionäre BVG nicht vom Kampf gegen den imperialistischen DGB-Apparat, für den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zu trennen.**

Die Lohnraubabschlüsse, die aktive Teilnahme des DGB-Apparats an der Niederschlagung spontaner Streiks, Beitragserhöhungen und fette Bonzengehälter, der nahezu vollständige Abbau innerorganisatorischer Demokratie, die Rolle der DGB-eigenen Konzerne wie Neue Heimat oder Coop bei der Ausplünderung des Volkes über die Preise – das alles führt dazu, daß in der Arbeiterklasse die Empörung und der Haß gegen den arbeiterfeindlichen Apparat wächst. Aber vor allem die modernen Revisionisten der D,,K"P wollen verhindern, daß in der Arbeiterklasse vollständige Klarheit über den Charakter des DGB-Apparates als Instrument der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse entsteht. Einerseits treten sie auf Mitglieder- oder Belegschaftsversammlungen mit scheinkämpferischen Parolen auf, täuschen durch



punktuelle Kritik eine oppositionelle Haltung zum Apparat vor, um so an die Empörung der Kollegen anzuknüpfen. In Wirklichkeit wollen sie mit dieser scheinoppositionellen Pose die Kollegen nur an den DGB-Apparat, den sie ja als „Kampforganisation der Arbeiterklasse" propagieren, ketten, indem sie die Illusion verbreiten, der DGB könne durch Druck von der Basis gründlich verändert werden. Doch selbst diese Berufung auf die Basis ist verlogen: denn D,,K"P-Parteivorstandsmitglied Werner Cieslak hat erst vor wenigen Wochen die innige Verbundenheit der D,,K"P mit den höchsten DGB-Bonzen unterstrichen: „Die Mitglieder unserer Partei betrachten sich als fester Bestandteil dieser Einheitsgewerkschaft und das wurde uns in diesen Wochen erst wieder vom Vorsitzenden der IG Metall Eugen Loderer auf dem IGM-Gewerkschaftstag und vom Vorsitzenden der IG Druck & Papier Leonhard Mahlein auf deren Gewerkschaftstag in Hamburg bestätigt."

Die D,,K"P-Revisionisten stützen den imperialistischen DGB-Apparat, weil es ihre Aufgabe als Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung ist, zu verhindern, daß die Arbeiterklasse revolutionär für ihre Interessen kämpft. Dementsprechend wendet sich die D,,K"P zwar in Worten gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz, in Wahrheit aber spielen die D,,K"P-Betriebsräte häufig sogar die Schrittmacher, wenn es darum geht, im Namen des Betriebsfriedens die Entlassung kommunistischer oder klassenkämpferischer Kollegen zu betreiben. Gemeinsam mit dem DGB-Apparat und der sogenannten linken Sozialdemokratie sind sie angetreten, um den Kapitalismus zu retten. So druckte die D,,K"P-Zeitung UZ den Aufruf des DGB-Apparats zu den Betriebsratswahlen ab, in dem es heißt: „Gute Gewerkschafter sind gleichzeitig gute Demokraten. (. . .) Betriebsratswahlen erfordern deshalb die Solidarität aller Demokraten." „Solidarität aller Demokraten" – das ist das gängige Schlagwort für die Hetze der Bourgeoisie gegen die revolutionäre Bewegung und den revolutionären Klassenkampf. Und diese „Demokratie" – das zeigt nicht zuletzt auch das reaktionäre BVG – ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Herrschaft der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse.

Fortsetzung auf Seite 4

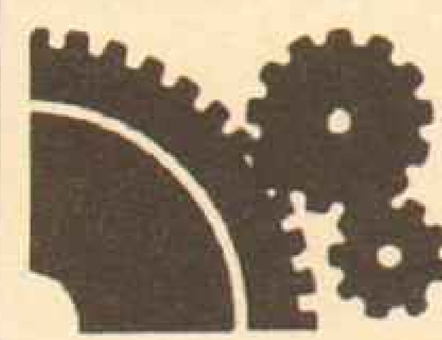
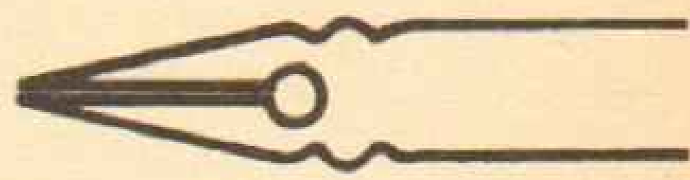
Verschärfte Ausbeutung durch Lohnraub

Fortsetzung von Seite 1

weil die IGM-Vertreter sich selbst lautstark für ihr „Verantwortungsbewußtsein" lobten, da unternahmen sie alles, um die Kollegen angesichts dieses offenen Verrats ruhig zu halten. So schreibt zum Beispiel „Der Motor", die Betriebszeitung der D,,K"P bei Klöckner-Humbold-Deutz, nachdem 5 000 Kollegen für kurze Zeit in den Streik getreten waren: „Das wichtigste ist jetzt, alle Kollegen zu informieren. Dazu sollte der Betriebsrat schnellstens eine Betriebsversammlung einberufen, so wie es der Sprecher der IG Metall gefordert hat. Zumal diese Betriebsversammlung KHD einiges kosten würde und damit die Wirkung eines kurzfristigen Streiks noch übertrifft." Und einige Sätze weiter: „Morgen soll erneut mit dem Unternehmerverband verhandelt werden. Kurze Warnstreiks könnten dabei die Verhandlungsposition der IG Metall stärken."

Offener können die modernen Revisionisten kaum zeigen, was ihre Aufgabe ist: jeden wirkungsvollen Streik zu verhindern. Ist der Streik nicht mehr aufzuhalten, dann soll er „kurzfristig" und ein „klassenkämpferischer Hintergrund" für die Lohnraubpläne von Kapital und IGM-Apparat sein.

Wenn die modernen Revisionisten sich jetzt, nachdem sie systematisch den Kampf der Kollegen sabotiert haben, aufregen, 6,8% seien nicht genug, dann ist das nicht weniger verlogen, als wenn Metallboß Schleyer behauptet, er würde nur deshalb so wenig Lohn zahlen wollen, weil ihn die hohen Arbeitslosenzahlen jammern. **Diese künstliche Aufregung hat den einzigen Zweck, die Kollegen auch weiterhin an den IGM-Apparat zu fesseln, indem die D,,K"P die Veränderung des IGM-Apparats über die „Kritik von der Basis" als einzig möglichen Ausweg propagiert und jeden revolutionären Zusammenschluß der Mitglieder gegen den Apparat als „Spaltung" verteufelt.** Die Erfahrungen des Klassenkampfes aber werden immer mehr Kollegen zeigen, daß der organisierte Kampf der klassenkämpferischen Kollegen gegen das Kapital und seine Handlanger, die DGB-Gewerkschaften und die D,,K"P, der einzig realistische Ausweg ist, um die Interessen der Kollegen durchzusetzen, eine revolutionäre, kraftvolle Einheit der Arbeiterklasse herzustellen.

Arbeiterkorrespondenzen

ERFOLGREICHER KAMPF GEGEN IGM-BONZEN SCHOLZ

Im Dezember 1971 entlarvte Genosse Jochen K. auf der Belegschaftsversammlung der Klöckner-Hütte in Bremen den Verrat der IGM. Denn während der Bezirksleiter der IGM, Heinz Scholz, den Kollegen auf der Belegschaftsversammlung noch von einer Forderung nach 11% erzählte, hatte er in Geheimverhandlungen längst 4,5% zugestimmt. IGM-Bonze Scholz (inzwischen Aufsichtsratsvorsitzender der Howaldt-Werft) strengte daraufhin eine Beleidigungsklage gegen den Genossen an.

Er schwor vor Gericht, an den Äußerungen des Genossen sei kein wahres Wort. Als Genosse Jochen dann einen Zeitungsausschnitt vorlegte, in dem stand, daß Scholz sich in Tarifverhandlungen grundsätzlich mit 4,5% einverstanden erklärt hatte, wurde Scholz blaß. Die Verhandlung wurde vertagt.

Im weiteren Verlauf wurden rund ein Dutzend Gewerkschaftsbonzen aus dem Raum Ostfriesland/Niedersachsen befragt, die damals bei den Tarifverhandlungen dabei waren: Einige Herren konnten sich noch genau an das Hotel in Bad Zwischenahn erinnern, ein anderer an das Mittagsmenü, nur in Bezug auf die Prozentzahlen verließ sie ihr Gedächtnis. Einer verstieg sich sogar zu der Behauptung, es sei überhaupt nicht über Forderungen verhandelt worden. Ein anderer dagegen konnte sich erinnern, daß Scholz von 4,5% gesprochen hatte – aber natürlich nur als „Scherz"

Die Prozeßkosten hatten schließlich die Höhe von 10 000 DM erreicht. Das Gericht verurteilte Genossen Jochen, obwohl die Tatsachen so offensichtlich gegen IGM-Scholz sprachen, zu 100 DM Strafe plus Bezahlung der Gerichtskosten.

In der Berufung ging Genosse Jochen noch einmal auf die Widersprüche in den Zeugenaussagen und auf die Beweise für die Richtigkeit seiner Behauptung ein. Er betonte, daß es hier nicht um den „Ausrutscher" eines Bonzen ginge, sondern daß der gesamte DGB-Apparat ein Handlanger der Kapitalisten ist. Schließlich war die Karre für IGM-Scholz so verfahren, daß der Staatsanwalt anregte, das Verfahren einzustellen. Nachdem IGM-Bonze Scholz erst noch versucht hatte, die Bezahlung seiner Kosten durch Genossen Jochen herauszuschlagen, wurde das Verfahren schließlich tatsächlich eingestellt.

Die KPD/ML in Bremen hat inzwischen über 1 000 DM Solidaritätsspenden für den Genossen gesammelt, die für die Anwaltskosten benötigt werden. Zu dem Prozeß, der unter der Führung der Partei zu einer Anklage gegen den reaktionären IGM-Apparat und seine Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Klassenjustiz wurde, waren viele Zuschauer gekommen und einmal sogar eine ganze Berufsschulklasse.

Ein Genosse aus Bremen.

„MASSNAHMEN GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT"

Die Maßnahmen der Regierung, die angeblich gegen die Arbeitslosigkeit gerichtet sind, helfen den Kapitalisten, noch mehr Profit aus den Werktätigen unseres Landes zu schlagen.

Denn die Kapitalisten bekommen jetzt für jeden Arbeitslosen, den sie einstellen, ein Kopfgeld und außerdem sollen die Arbeitslosen mit der Mobilitätszulage gezwungen werden, in weiter entfernte Orte zur Arbeit zu fahren und das für wesentlich weniger Lohn. Jeder Arbeitslose hat einen entsprechenden Vordruck zum Ausfüllen vom Arbeitsamt zugeschickt bekommen.

Was bedeutet das?

Die Arbeitslosen sollen praktisch einen Lohnverzicht unterschreiben und zustimmen, von ihrem Heimatort und von ihren Familien getrennt zu werden, um in Gebieten zu arbeiten, die das Arbeitsamt bestimmt. Man will uns mit der Mobilitätszulage ködern. Was nutzt uns aber diese Zulage, wenn wir wesentlich weniger Lohn bekommen und zwei Haushalte führen müssen? Wenn ein Arbeiter auf Montage arbeitet, bekommt er Auslösung – die sparen die Kapitalisten bei diesem Modell. Werden die Kollegen dann wieder auf die Straße gesetzt nach dem Motto: der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehn, dann bekommen sie wegen des wesentlich niedrigeren Lohns auch entsprechend weniger Arbeitslosengeld.

Das zeigt uns deutlich das arbeiterfeindliche Verhalten dieses Staates. In Zeiten der kapitalistischen Krisen zeigt er noch deutlicher sein wahres Gesicht: Er ist ein Staat der herrschenden Klasse.

Ein Kollege aus Wolfsburg.

WARNSTREIK IN BREMEN

Am 6. 2. 75 fand bei uns im Betrieb ein halbstündiger Warnstreik statt. Der Betrieb hat ca. 1 500 Beschäftigte, davon ca. 300 Angestellte. Kurz vor 9 Uhr zog eine große Zahl von Kollegen aus dem Betrieb an unserem Fenster vorbei. Als ich die Kollegen aus dem Betrieb gehen sah, forderte ich die Kollegen meiner Abteilung (ich bin Angestellte) auf, sich anzuschließen. Zwei Kollegen kamen mit, die anderen hörten so auf zu arbeiten. Draußen war unter den Kollegen ziemliche Unruhe. Sie meinten, sie würden es sich nicht gefallen lassen, daß man sie bei den Tarifverhandlungen versucht, zu verschaukeln. Sie wollten auf jeden Fall so viel Geld, daß die Preissteigerungen und Mieterhöhungen gedeckt würden. Der Betriebsratsvorsitzende und der Vertrauensleuteobmann kamen um 9.15 Uhr aus dem Werk. Rund 500 Kollegen standen da vor dem Tor. Um 9.30 Uhr gingen alle wieder an die Arbeit. Da ich durch meine Arbeit überhaupt keinen Kontakt mit den Kollegen aus der Werkstatt habe, war ich völlig überrascht durch den Warnstreik.

In der Zeitung stand am nächsten Tag: „IGM und Betriebsrat waren überrascht, schlossen sich dann aber dem Streik an." Ich schätze es so ein, daß der Streik von einigen ehrlichen und fortschrittlichen Vertrauensleuten und Kollegen ausgegangen ist. Auf jeden Fall hat dieser Warnstreik gezeigt, daß die Kollegen sich dagegen wehren, wenn die Krise auf ihren Buckel abgeschoben werden soll. Er hat aber auch gezeigt, daß wir verstärkt zeigen müssen, daß die Kollegen vom Gewerkschaftsapparat keine Unterstützung ihrer Forderungen und ihres Kampfes erhalten werden, sondern ganz im Gegenteil verraten und verkauft werden.

Eine Genossin aus Bremen.

Revisionistisches

UNTERSTÜTZUNG DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ

Vor kurzem fand in Bochum ein Prozeß statt gegen den Ortsvorsitzenden der D„K"P Gelsenkirchen, Kalinasch und einen Sympathisanten der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS. Beide waren angeklagt wegen „Beleidigung" und „Widerstand" im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen der Bogestra 1973.

Das Auftreten des Revisionistenführers und seines Anwalts in diesem Prozeß zeigten überaus deutlich, wie die modernen Revisionisten Illusionen in die bürgerliche Klassenjustiz schüren und gleichzeitig Staatsanwalt und Gericht die Argumente liefern, mit denen sie gegen den revolutionären Klassenkampf vorgehen können.

D„K"P-Ortsvorsitzender Kalinasch stellte sich dem Gericht gleich als „friedlicher Bürger" vor, der fest auf der „demokratischen Grundordnung" stehe. Als solcher habe er damals friedlich demonstrieren wollen. Er entschuldigte sich auch gleich, daß er einige Auflagen der Polizei nicht befolgt habe: leider hatte er sie nicht gehört! Äußerst empört zeigte sich Kalinasch über das brutale Vorgehen der Polizei. Aber natürlich sei es völlig absurd zu glauben, er habe sich gewehrt (oder den anderen Demonstranten geholfen!). Nein, Kalinasch ging zu dem Polizisten, den er für den Einsatzleiter hielt und bat ihn, die aggressiven Handlungen seiner Kollegen zu unterbinden!

Während Kalinasch so nachträglich noch einmal alles tat, um den brutalen Polizeieinsatz als „Übergriff" hinzustellen und so die revolutionäre Gewaltanwendung gegen den imperialistischen Staatsapparat als ungerechtfertigt diffamieren wollte, ließ sein Anwalt Lederer keinen Zweifel, warum die D„K"P, die sich damals als „Arbeiterkampfpartei" präsentiert hatte, überhaupt zu einer Demonstration aufgerufen hatte. Lederer erklärte nämlich, daß von Anfang an das Ziel war, Demonstrationen wie in den letzten Jahren (nämlich kämpferische und militante Demonstrationen) zu verhindern. Und zu diesem Ziel, ähnliche Demonstrationen wie z. B. in Frankfurt zu verhindern, gehörte auch, daß sowohl Kalinasch wie auch drei weitere Zeugen genauso wie die Polizisten logen, daß damals alle Demonstranten „friedlich" gewesen seien bis auf einzelne, die auf den Schienen gewesen seien. Das waren aber genau die Aussagen, die der Staatsanwalt brauchte, um zu „beweisen", wie isoliert der angeklagte Genosse von den Massen war, daß er, der sich zu den Schienenbesetzungen bekannte, ein „Rädelsführer" gewesen sei.

Im übrigen setzte der Verteidiger des Revisionistenhäuptlings Kalinasch dann alles daran, der bürgerlichen Klassenjustiz und den Polizeizeugen, die in dem Prozeß erhebliche Schlappen erlitten hatten, aus der Patsche zu helfen. So erklärte er – was sowieso jeder gesehen hatte – daß die Polizeizeugen in diesem Prozeß ein Musterbeispiel für Parteilichkeit gewesen seien. Aber nur, um im gleichen Atemzug fortzufahren, daß solche Zeugen allerdings nicht typisch seien, in der Mehrzahl habe er objektive Zeugen kennengelernt. Zugleich pries er dann dem Gericht die D„K"P-Zeugen auf die Weise als „glaubwürdig" an, daß er insbesondere ihr „Verständnis" gegenüber den Polizisten, die damals im Einsatz waren, pries.

Das Plädoyer dieses D„K"P-Verteidigers gipfelte dann darin, daß er Freispruch für seinen Mandanten forderte. Begründung: Bei den vielen Jugendlichen Zuschauern sei das Vertrauen in die Polizei sowieso schwach und durch deren widersprüchliche Aussagen im Prozeß noch schwächer geworden. Nur durch einen Freispruch könne das Gericht deshalb das Vertrauen in das Funktionieren des Rechtsstaates wiederherstellen!

Das Gericht und auch der Bochumer Polizeipräsident ließen sich für diesen Einsatz der D„K"P zur Rettung der bürgerlichen Demokratie nicht lumpen. Noch während des Prozesses zog der Bochumer Polizeipräsident seine Beleidigungsanzeige zurück und sah von einer Veröffentlichung des Urteils in der bürgerlichen Presse ab. Während D„K"P-Kalinasch vorher einen Strafbefehl über 1 800 DM bekommen hatte und der Genosse der ROTEN HILFE einen Strafbefehl über 800 DM, erkannte der Richter schließlich auf 8 Tagessätze für Kalinasch und 12 Tagessätze für den Genossen.

Einreisestop für Familien von ausländischen Kollegen geplant

Angehörigen von ausländischen Arbeitern soll in Zukunft der Umzug in die Bundesrepublik unmöglich gemacht oder außerordentlich erschwert werden. Das hat das Bundeskabinett in der vergangenen Woche beschlossen. Die Behauptung, daß die „Aufnahmefähigkeit der Bundesrepublik" für die Familienmitglieder der ausländischen Kollegen „begrenzt" und zum Teil „schon überschritten" sei, mit der die Bundesregierung diesen neuen, schweren Angriff auf die Lage der ausländischen Kollegen zu rechtfertigen versucht, ist blanker Zynismus.

Die ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik werden am meisten ausgebeutet und unterdrückt, die Kapitalisten betrachten sie als Menschen zweiter Klasse. Sie mußten ihre Heimatländer verlassen, weil sie von den Imperialisten, den internationalen Monopolen ausgeplündert werden. Nun soll ihnen die monatelange, in vielen Fällen sogar jahrelange Trennung von ihren Frauen und Kindern aufgezwungen werden, ihnen das elementare Recht, mit ihren Familien zusammenleben zu können, genommen werden. **Der Grund für diese menschenfeindliche Maßnahme der Bundesregierung ist natürlich nicht die „begrenzte Aufnahmefähigkeit der Bundesrepublik", sondern er liegt in dem Versuch, die Ausbeutung und Unterdrückung aller Werktätigen weiter zu verschärfen, deutsche und ausländische Arbeiter zu spalten, um ihren gemeinsamen Kampf zu verhindern.**

Offen hat das Kabinett erklärt, daß die Familienangehörigen der ausländischen Arbeiter jetzt schon fast eine „unzumutbare finanzielle Belastung" für die Staatskassen sind. Die „Sparmaßnahmen", die angebliche „Sanierung" der hochverschuldeten, von den Monopolen ausgeplünderten Staatskassen, dient in Wirklichkeit der verstärkten Auspressung der Werktätigen. Dazu gehört auch der Abbau der Sozialleistungen für die ausländischen Kollegen. Wenn ihre Kinder nicht bei ihren Vätern leben dürfen, wird man die Auszahlung des Kindergeldes abbauen und schließlich ganz einstellen. Die jetzt schon äußerst geringen Mittel für die Schulen, Kindergärten und andere Einrichtungen werden noch weiter zusammengekürzt werden. Den arbeitslosen ausländischen Kollegen, deren Zahl schon jetzt 150 000 erreicht hat, wird die „Rückkehr zu ihren Familien" befohlen werden, um das Arbeitslosengeld zu sparen. Noch mehr ausländische Kollegen können auf noch weniger Wohnraum zusammengepfercht werden. Der Planung solcher und ähnlicher Maßnahmen dient der interministerielle Ausschuß, der die bestehenden Gesetze und Verträge überprüfen soll.

Zugleich dient das geplante Verbot der Einwanderung der Familienangehörigen der weiteren Entrechtung und Unterdrückung der ausländischen Kollegen. Schon jetzt behandelt die Bourgeoisie die ausländischen Kollegen wie Menschen zweiter Klasse. Das reaktionäre Ausländergesetz hat ihnen nicht nur weitgehend die bei uns noch bestehenden bürgerlichen Rechte genommen, es macht es ihnen auch nahezu unmöglich, die Staatsbürgerschaft der Bundesrepublik zu erwerben. Die Trennung von ihren Familienangehörigen wird dies noch unmöglicher machen und sie ist für den bürgerlichen Staat gleichzeitig ein ständiges Mittel des Drucks und der Erpressung, z. B. bei Ausweisungen und Abschiebungen mit der Begründung „mangelnder sozialer Bindungen".

Alle diese Angriffe versucht die Bundesregierung in ihrer Propaganda als „Vorsorge für ihre Bürger" und als Kampf gegen das „Nationalitätenproblem" zu verkaufen. Die Bourgeoisie nutzt jeden Unterschied zwischen den deutschen und ausländischen Arbeitern, die Sprache, die verschiedenartigen Sitten und Gebräuche, die besondere Ausbeutung der ausländischen Kollegen und ihre politische Entrechtung zur Spaltung ihrer Einheit aus. **Das Gerede von den „Nationalitätenproblemen" soll aber nicht nur die Uneinigkeit zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern schüren, sondern soll auch von der Wirklichkeit des kapitalistischen Ausbeutersystems ablenken, der verschärften Ausplünderung und Unterdrückung der gesamten Arbeiterklasse gerade jetzt in der Krise. Der Kampf gegen die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der ausländischen Kollegen ist eine Sache aller Arbeiter, er festigt die Einheit im Kampf gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse und erleichtert den Zusammenschluß für das Ziel aller Arbeiter: den Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems und die Errichtung einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung.**

Betriebsratswahlen

Vorwärts beim Aufbau der RGO!

Fortsetzung von Seite 3

Außer den D„K"P-Revisionisten, die sich offen an die Seite des reaktionären DGB-Apparats stellen, gibt es noch eine Reihe anderer Gruppen, die sich gewerkschaftsoppositionell gebärden oder sich gar marxistisch-leninistisch nennen. Wie die Gruppe Rote Fahne (GRF), die sich selbst KPD nennt, kritisieren diese Organisationen die DGB-Führung, ohne klar zu sagen, daß der DGB-Apparat bekämpft werden muß. Sie verbreiten die Illusion, durch die Ausschaltung der reaktionären DGB-Führung könne der DGB zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse gemacht werden. Für die GRF ist der DGB-Apparat kein Instrument der Kapitalistenklasse, sondern der „reaktionären Sozialdemokratie". Als ob die sozialdemokratischen Funktionäre, an deren Seite immer häufiger D„K"P-Vertreter in den Bonzensesseln Platz nehmen, etwas anderes täten, als eben den Auftrag der Bourgeoisie zu erfüllen. Oder hört etwa der Staatsapparat auf, der Machtapparat der Bourgeoisie zu sein, weil an seiner Spitze eine sozialdemokratische Regierung steht?

Statt eine klare Position zum DGB-Apparat zu beziehen, versuchen die GRF-Führer gerade jetzt, wo es darauf ankommt, daß die Arbeiterklasse die Notwendigkeit des schonungslosen Kampfes gegen den DGB-Apparat erkennt, mit dem Einheitsgewerkschaftsgeschrei, die Notwendigkeit der Trennung der Millionen Gewerkschaftsmitgliede, vom Apparat zu vertuschen.

Entsprechend dieser opportunistischen Linie zeigt der Aufruf der GRF-Führer zu den Betriebsratswahlen mit seltener Klarheit, wie weit sie selbst bereits die Klassenversöhnungspolitik zu ihrer Sache gemacht haben. „Forderungen aufstellen, kämpfen, verhandeln, das ist Arbeiterpolitik" (RF 6/75), schreiben die GRF-Führer in ihrem Aufruf. In Wirklichkeit ist das eher die Politik reformistischer Arbeiterverräter, die stets dem Kampf der Arbeiterklasse den revolutionären Charakter rauben, ihn darauf beschränken wollen, bessere Verhandlungspositionen mit den Kapitalisten zu erreichen. Die Arbeiterklasse kämpft aber nicht mit dem Ziel, sich mit den Kapitalisten an einen Tisch setzen zu dürfen, sie kämpft, um die Kapitalisten zu Zugeständnissen zu zwingen, und jeder Kampf für Tagesforderungen muß auf den Kampf gegen den Kapitalismus überhaupt, auf das Ziel des Sturzes der kapitalistischen Ausbeuterordnung in der proletarischen Revolution ausgerichtet sein. Und ein konkretes Beispiel, wie ihre „Arbeiterpolitik" aussehen soll, liefern die GRF-Führer gleich mit: „Wir werden die Stillegungen als kapitalistische Profitsanierungen brandmarken und für Sozialpläne eintreten, die von den Beschäftigten gebilligt werden müssen" (RF 6/75). Gegen Stillegungen wird nicht gekämpft, da werden ein paar wortradikale Phrasen gedroschen (brandmarken!) und dann wird gleich über den Sozialplan verhandelt. **Das könnte ein ausgefuchster DGB-Bonze nicht besser hinkriegen.**

Nur unsere Partei weist den klaren Weg des revolutionären Klassenkampfes. Der DGB-Apparat, mit dem imperialistischen Staatsapparat aufs engste verflochten, selbst einer der größten Finanzkapitalisten, ist eine Kampforganisation der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse. Auf der Grundlage der Erkenntnis, daß es keine gemeinsamen Interessen zwischen der Kapitalistenklasse und der von ihr ausgebeuteten Arbeiterklasse gibt, daß die Arbeiter jeden Erfolg im unversöhnlichen revolutionären Klassenkampf erringen müssen, müssen wir für den Zusammenschluß der Gewerkschaftsmitglieder gegen den reaktionären Apparat kämpfen. **Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition bedeutet die Einheit der zum revolutionären Klassenkampf entschlossenen DGB-Mitglieder mit den Kollegen, die vom DGB-Apparat ausgeschlossen wurden, weil sie als Kommunisten oder klassenkämpferische Gewerkschafter gegen den Apparat gekämpft haben, sie ringt um die Einheit mit den Kollegen, die keine Mitglieder des DGB sind, weil sie dessen Arbeiterfeindlichkeit erkannt haben. Die RGO ist keine neue Gewerkschaft, sie ist die Antwort auf Verwirrung und Spaltung, die Reformismus und Revisionismus in die Arbeiterklasse getragen haben, sie ist ein Kampfinstrument für die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage.**

Rote Betriebsräte werden ihre ganze Arbeit der Lösung dieser Aufgabe widmen. Aber auch dort, wo die Aufstellung roter Betriebskandidaten noch nicht möglich ist, muß es unser Ziel sein, möglichst viele Kollegen für dieses Programm zu gewinnen, auf dieses Programm zu vereinigen. **Die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse ist Bedingung für den Sieg der sozialistischen Revolution.**

Vom Aufbau des Sozialismus

VÖLLIG ANDERES VERHÄLTNIS ZWISCHEN ARZT UND PATIENT IN CHINA

Jeder von uns kennt die überfüllten Wartesäle der Ärzte, die 0815-Behandlung, die unzureichende Behandlung im Krankenhaus und die Hochmütigkeit, mit der viele Ärzte auf ihre Patienten herabsehen.

Ganz anders ist das Verhältnis zwischen den Ärzten und den Patienten in China. Hier kämpfen Arzt und Patient gemeinsam gegen die Krankheit, damit der Patient wieder mit voller Kraft am Aufbau des Sozialismus mitarbeiten kann. Durch die Entwicklung des Klassenkampfes, durch die ständige Zusammenarbeit mit Arbeitern und Bauern und die Führung der Partei hat sich hier ein Verhältnis zwischen Arzt und Patient entwickelt, das ein Arzt so beschreibt: „Jetzt sehen wir im Patienten einen Genossen. Die Arzt-Patient-Beziehung ist eine Beziehung zwischen revolutionären Genossen, die gemeinsam den Sozialismus aufbauen."

Die Entwicklung im Bewußtsein der chinesischen Ärzte ist möglich auf der Grundlage, daß sich in der VR China das Gesundheitssystem von vornherein auf die Massen stützte. Wurden so schon in den letzten Jahren großartige Erfolge im Kampf gegen Seuchen und auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge erzielt, so brachte auch die Weiterentwicklung des Klassenbewußtseins der Ärzte neue Erfolge. Ein Beispiel dafür ist der Kampf gegen die Zuckerkrankheit. Der Arzt einer Diabetik-Gruppe am Pekinger Freundschaftskrankenhaus sagt: „Lange Zeit waren wir nicht in der Lage, die unstabile, jugendliche Zuckerkrankheit unter eine zufriedenstellende Kontrolle zu bringen. Jetzt in den letzten Jahren haben wir unter der Führung der Maotsetungideen in der Behandlung dieser Seuche aktiv zusammengearbeitet und haben inzwischen die Seuche in den Griff bekommen." Ärzte der Zuckerkrankengruppe haben Klassen für Patienten eingerichtet, in denen sie sie über die Zuckerkrankheit unterrichteten und außerdem schon längere Zeit Zuckerkranke erst kürzlich erkrankten helfen ließen, die Krankheit zu verstehen. Das unterstützte die Arbeit der Ärzte. Außerdem gingen die Ärzte daran, sich verstärkt mit den Patienten zu unterhalten, ihre Familien und ihren Arbeitsplatz zu besuchen, um sich so einen Überblick über die Lebens- und Arbeitsweise der Patienten zu verschaffen. Medizinische Mitarbeiter und Patienten beobachteten den wechselhaften Verlauf der Krankheit und machten sich vertraut mit den Faktoren, die die Krankheit beeinflussen und mit einigen therapeutischen Maßnahmen. So waren die Patienten nicht mehr länger vollständig abhängig von den Ärzten und konnten in Übereinstimmung mit der Behandlung durch die Klinik ihre Diät und die notwendige Menge Insulin selbst dosieren. Auch die Familienangehörigen der Zuckerkranken wurden in diese Zusammenarbeit aktiv miteinbezogen. Der Leiter der inneren Abteilung des Krankenhauses der Hauptstadt, gleichzeitig Leiter der Zuckerkrankheitsgruppe sagt: „Wir haben erkannt, wie wichtig es ist, die subjektive Initiative des Patienten voll zu entfalten, damit sie ihren Pessimismus und ihre Verzweiflung verlieren und Aktivität und Selbstvertrauen entwickeln. Wir müssen unseren Patienten ein tiefes proletarisches Klassengefühl entgegenbringen und die Verantwortung ernst nehmen, unseren Patienten zu helfen, die Seuche unter Kontrolle zu halten, so daß sie dem Sozialismus besser dienen können."

450 Jahre deutscher Bauernkrieg

Der Bauer stund auf im Lande

Seit dem Frühjahr 1524 erhoben sich immer breitere Teile der Bauern gegen die Kirche und die Feudalherren. Im Herbst des Jahres verweigerten die Bauern der Landgrafschaft Stühlingen in Schwaben die feudalen Leistungen. Sie schlossen sich in einem Bund zusammen und versuchten, Bauern aus dem gesamten oberrheinischen Gebiet und aus Franken darin zu organisieren. Als Ziel dieses Bundes, dessen Fahne die deutsche Trikolore war, wurde die Abschaffung der Feudalherrschaft, die Zerstörung aller Schlösser und Klöster und die Beseitigung aller Herren außer dem Kaiser proklamiert. Der Aufstand in Stühlingen gilt als der Beginn des Bauernkrieges, der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland.

Die Zeit für eine solche revolutionäre Veränderung des bestehenden Feudalsystems war schon seit einiger Zeit reif. Erfindungen auf verschiedenen Gebieten, das Aufkommen des Buchdrucks und verbesserte Techniken für den Bergbau, die Entdeckung reicher Silbervorkommen für die Münzprägung stärkten die Position der Städte gegenüber dem Adel auf dem Land. Die ersten Patrizier begannen, das bestehende Zunftsystem zum Beispiel auf dem Gebiet der Weberei durch das Verlagssystem zu ersetzen, das die Weber von selbständigen Handwerkern praktisch zu Lohnabhängigen machte. Diese Anfänge des Frühkapitalismus aber verlangten zu ihrer weiteren Entwicklung die Abschaffung bestimmter Fesseln des Feudalsystems, die Abschaffung der Zünfte und der Leibeigenschaft der Bauern, die Vereinheitlichung des Reiches und die Herstellung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes.

Die so bedingte notwendige Verschärfung der Widersprüche innerhalb des Feudalsystems bekamen vor allem die Bauern zu spüren, auf deren Kosten der Adel versuchte, sich gegen die Städte zu behaupten und die teilweise noch zusätzlich von den städtischen Wucherern ausgeplündert wurden.

Seit Mitte des 15. Jahrhunderts rissen deshalb die Aufstände der Bauern trotz der brutalen Unterdrückung durch Adel und Kirche nicht ab. Im Jahre 1476 predigte der Dorfmusikant **Hans Böheim von Niklashausen,** genannt das **Pfeiferhänslein,** daß die Armen von allen Steuern, Abgaben und Frondiensten befreit werden müßten, und daß man ihnen die geraubten Allmende zurückgeben solle. 34 000 bewaffnete Bauern fanden sich schließlich auf seinen Ruf hin zusammen. Aber der Aufstand scheiterte, weil der Plan verraten und Pfeiferhänslein vorher verhaftet und hingerichtet wurde.

Aber die Feudalherren konnten sich dieses Sieges nicht lange freuen. **Zu Beginn der 90er Jahre des 15. Jahrhunderts entwickelte sich die erste feste Kampforganisation der Bauern, der Bundschuh.** Obwohl die Aufstände des Bundschuh mehrmals verraten und unterdrückt, seine Führer grausam verfolgt wurden, wurde er immer wieder reorganisiert. Der hervorragendste Führer dabei war **Fritz Joß,** unter dessen Führung der Bundschuh immer mehr die Stoßrichtung einer Kampforganisation nicht nur gegen einzelne feudale Mißstände, sondern gegen die gesamte Feudalherrschaft bekam. 1517 plante der Bundschuh einen Aufstand, der in über hundert Ortschaften vorbereitet worden war. Aber auch dieser Aufstand schlug fehl.

Zur gleichen Zeit, als Fritz Joß im Schwarzwald die letzte Bundschuhverschwörung vorbereitete, schlug Martin Luther in Wittenberg seine Thesen gegen die römisch-katholische Kirche an. Dieses Auftreten Luthers gegen die römische Kirche wirkte wie ein zündender Funke auf die gesamte Bewegung gegen das bestehende Feudalsystem. Denn zu Anfang des 16. Jahrhunderts gab es in Deutschland keine einzige Einrichtung, die eine so einhellige Unzufriedenheit hervorgerufen hätte wie die katholische Kirche.

Für einen kurzen Moment vermochte Luthers Kampf gegen die römisch-katholische Kirche darum sowohl die Fürsten, die Adligen und die Patrizier, die neidisch auf die Reichtümer der Kirche und ihre politische Macht schauten, zu einen, als auch die Bauern, die Bürger und Plebejer, auf deren Kosten die römische Kirche lebte. Diese Einheit konnte aber nicht von Dauer sein, da die Angst der Fürsten vor den revolutionären Bauern größer war als ihr Haß auf die römische Kirche. Das Bürgertum wiederum fühlte sich zu schwach, den Kampf gegen die Fürsten und die Kirche aufzunehmen und führend in die Bewegung der Bauern und Plebejer gegen den Feudalismus einzugreifen. So klärten sich die Fronten bald. Um Luther sammelten sich die Fürsten, Ritter und der Hauptteil der Städte, um den revolutionären Führer des Bauernkrieges, Thomas Münzer, sammelten sich die Bauern und Plebejer und nur einzelne Städte.

Während der Aufstand des Adels 1521 und verschiedene Aufstände innerhalb der Städte während des allgemeinen Aufschwungs des Kampfes gegen die römische Kirche nicht vermochten, das bestehende System wirklich zu erschüttern, waren es die revolutionären Bauernaufstände, die die Grundfesten des Feudalismus ins Wanken brachten, weil sie von ihrer Lebenslage her den Kampf gegen das Papsttum als Kampf gegen das Feudalsystem selbst sahen.

Nachdem der Aufstand der Bauern in Stühlingen das Signal für eine allgemeine Erhebung der Bauern gegeben hatte, bildeten sich in Schwaben, Franken, Thüringen-Sachsen, aber auch in Südostdeutschland, in den Gebieten um Salzburg und dem südlichen Teil Österreichs revolutionäre Bauernhaufen. Einen Höhepunkt erreichte die Bewegung im Frühjahr des Jahres 1525. Anfang März standen in Schwaben in sechs Lagern 30 000 bis 40 000 Bauern unter Waffen.

Die politische Plattform der revolutionären Bauernbewegung war in zwei Programmen zusammengefaßt, die gedruckt und in allen Gebieten verteilt wurden, die sogenannten „12 Artikel" und der „Artikelbrief" Thomas Münzers. In den 12 Artikeln forderten die Bauern die Beendigung der Leibeigenschaft, freie Jagd, Fischfang und Holzung, Rückgabe der Allmende und der Gemeindewaldungen an die Bauern und die freie Wahl der Pfaffen durch die Gemeinde. Der „Artikelbrief" Münzers ging über diese 12 Artikel hinaus. Er forderte die Vernichtung der Unterdrücker, den Sturm auf die Schlösser und Klöster als Vorbedingung für eine Gesellschaft, die die Gleichheit aller herstellen sollte.

Die „12 Artikel", so hatten die Bauern in Schwaben mit Herzog Ulrich ausgehandelt, sollten am 2. April beraten werden. Aber dazu kam es nicht. Herzog Ulrich wollte die Bauern mit dem Versprechen, ihnen die Forderungen aus den 12 Artikeln zu erfüllen, nur hinhalten und hatte inzwischen die Truppen des schwäbischen Bundes zusammengezogen, um gegen die Bauern loszuschlagen. So wurde der 2. April nicht ein Tag des Friedensschlusses, sondern das Datum der allgemeinen Erhebung. Nicht nur in Schwaben, sondern auch in Franken erhoben sich die Bauern, geführt unter anderem von Jäcklein Rohrbach, einem Wirt aus der Nähe von Heilbronn und Florian Geyer, einem fränkischen Ritter, der sich auf die Seite der Bauern gestellt hatte und dessen Schwarze Schar eine der mutigsten des Bauernkrieges war. Dieses gleichzeitige Losschlagen verschiedener Bauernhaufen und die Tatsache, daß sie sich alle auf die „12 Artikel" stellten bzw. Anhänger Thomas Münzers waren, läßt darauf schließen, daß diese allgemeine Erhebung vorher sorgfältig geplant worden war.

Einer der Kämpfe, die die revolutionäre Entschlossenheit und Kraft der Bauernhaufen zeigen, war die Eroberung der Stadt Neckarsulm und des Schlosses des Grafen von Helfenstein durch die Schwarze Schar Florian Geyers. Als Schloß und Stadt genommen waren, hielt Jäcklein Rohrbach mit den entschlossensten seines Haufens Gericht über die Gefangenen und ließ 14 von ihnen, den Grafen Helfenstein an der Spitze, durch die Spieße jagen – eine Maßnahme, die den gesamten Adel in Angst und Schrecken versetzte. Insgesamt gelang es den Bauern in Schwaben, Württemberg und Franken an die 50 Ortschaften zu erobern, zahlreiche Schlösser und Klöster wurden zerstört.

Heilbronn sollte nach dem Willen der Bauern die Stadt sein, von der aus die Bewegung in Süddeutschland geleitet wurde. Es war geplant, Mitte Mai hier eine Versammlung durchzuführen, die für das ganze Reich die Forderungen der Bauern vereinheitlichen und beschließen sollte. Diese „Reichsreformation", das Heilbronner Programm, sah die Errichtung eines einheitlichen Deutschen Reiches vor mit einem Kaiser an der Spitze. Im Reich sollten einheitliches Maß, Münze und Gewicht eingeführt werden. Alle Zölle und Geleitgelder innerhalb des Reichs sollten verschwinden. Die ursprünglichen Forderungen der Bauern, wie sie in den 12 Artikeln niedergelegt waren, rückten an die zweite Stelle. Dieses Programm, das die Aufhebung der feudalen Fesseln vor allem zugunsten des Bürgertums forderte, war das Ergebnis davon, daß die Bauern in ihren Verhandlungen festgestellt hatten, daß sie als einzelner Stand keine Forderungen für das ganze Reich durchsetzen konnten und sich mit dem Bürgertum und Vertretern des Adels zusammengetan hatten.



Aber sowenig wie es zur Verhandlung über die 12 Artikel gekommen war, sollte auch die „Reichsreformation" wirklich dem Kaiser vorgelegt werden. Denn während noch in Heilbronn verhandelt wurde, nahte bereits der Truchseß von Waldburg mit seinen Truppen, der vor allem mit Söldnern des Schwäbischen Bundes die Aufgabe übernommen hatte, in einem beispiellos grausamen Strafzug die Bauernaufstände niederzuschlagen. Wie heldenhaft die Bauern gegen den anrückenden Feind kämpften, zeigt beispielhaft der Schwarze Haufen Florian Geyers. Nachdem der Truchseß die 4 000 Mann starke Truppe aus dem Hinterhalt überfallen und ein furchtbares Blutbad angerichtet hatte, schlug sich Florian Geyer mit 600 Mann nach Ingolstadt durch, besetzte dort die Kirche und das Schloß. Trotz der Übermacht der feudalen Truppen gelang es ihnen erst beim dritten Sturm, das Schloß zu nehmen. Über die Hälfte von Florian Geyers Leuten wurden getötet. Mit einem Rest von 200 entkam er in den Wald. Rund 1 000 Söldner des Feudalheers kämpften zwei Tage lang gegen die 200 revolutionären Bauern. Nur 17 Gefangene wurden in dieser Zeit gemacht. Florian Geyer entkam wiederum. Er wurde erst später meuchlings ermordet, als er bei seinem Schwager Zuflucht suchte.

Wenn auch nicht alle Bauernhaufen so heldenhaft kämpften, wenn sich auch nach den langen Monaten des Krieges Demoralisation breitgemacht hatte, so hätte der Truchseß mit seinen rund 12 000 bis 15 000 Söldnern die Bauern niemals schlagen können, wenn sich die Haufen aus den verschiedenen Gebieten vereinigt hätten. Dadurch, daß die Bauernhaufen aber immer nur „ihren" Fürsten, Grafen usw. schlagen und besiegen wollten und diese Lokalborniertheit über den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind stellten, war es dem Truchseß möglich, einen Bauernhaufen nach dem anderen niederzumetzeln. Der Bauernkrieg in Schwaben und Franken endete mit einer Niederlage der Bauern.

Zur gleichen Zeit, als die Bauern in Schwaben und Franken losgeschlagen hatten, erhoben sich unter der direkten Anleitung Thomas Münzers auch in Thüringen die Bauern. Mühlhausen, wo auch städtische Schichten für die Ideen Münzers gewonnen werden konnten, sollte das Zentrum des Bauernaufstandes in Norddeutschland werden. Der alte Patrizierrat wurde gestürzt und die Regierung in die Hände eines neugewählten „Ewigen Rates" gelegt, dessen Präsident Münzer war. Während Thomas Münzer einerseits von Mühlhausen aus alles unternahm, um die überall entflammenden Aufstände zu vereinigen und ihren Sturm auf die Schlösser und Klöster unterstützte, mußte er auf der anderen Seite erleben, daß da, wo seine Partei die Macht hatte, nämlich in Mühlhausen selbst, das Programm der allgemeinen Gleichheit, das er verwirklichen wollte, nicht Wirklichkeit werden konnte, weil die Zeit nicht dafür reif war. „Der gesellschaftliche Umschwung, der seiner Phantasie vorschwebte, war noch so wenig in den materiellen Verhältnissen begründet, daß diese sogar eine Gesellschaftsordnung vorbereiteten, die das gerade Gegenteil seiner geträumten Gesellschaftsordnung war" (Engels, Der deutsche Bauernkrieg). So war denn alles, was in der Realität von der dunklen Ahnung Münzers über die klassenlose Gesellschaft übrigblieb, eine gewisse Demokratisierung bestimmter Bereiche in Mühlhausen.

Nachdem auch in Thüringen die Feudalherren den revolutionären Erhebungen der Bauern zunächst ratlos gegenüberstanden, gingen sie dann wie in Schwaben und Franken den Weg, ein Heer zur Niederschlagung der Bauernaufstände zusammenzuziehen. Bei den militärisch unerfahreneren Bauern Thüringens gelang es ihnen relativ schnell, die Bauern zu unterwerfen. Am 25. Mai wurde Thomas Münzer gefangengenommen und in Gegenwart der Fürsten auf die Folter gespannt und enthauptet. Mühlhausen wurde dem Herzog von Sachsen zugeschlagen. Der Bauernkrieg fand mit den Strafzügen in Thüringen und später im Elsaß sein Ende. Allein in Österreich, wo der Kampf später begonnen hatte, tobten die Kämpfe noch bis 1527, aber auch hier wurden die Bauern geschlagen.

Was war nun das Ergebnis des Bauernkrieges? Durch die Zersplitterung des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" nicht nur in zahllose Fürstentümer, Ritterschaften usw., sondern gleichzeitig in eine Vielzahl von Ständen und Schichten erlitt diese frühbürgerliche Revolution eine Niederlage. Weder kam so durch die Schwäche des Bürgertums ein Bündnis zwischen ihm und den revolutionären Volksmassen zustande, noch waren auch die Bauern imstande, sich so breit wie notwendig zusammenzuschließen. Der zentralisierte deutsche Nationalstaat, der notwendig gewesen wäre, um die Entfaltung des Kapitalismus zu erleichtern, wurde nicht geschaffen. Das war das negative Ergebnis aus der Niederlage des Bauernkrieges.

Auf der anderen Seite aber erlitt die römische Kirche, die die Wucht des Volkshasses am schwersten getroffen hatte, erhebliche Niederlagen. Nicht nur daß viele ihrer Klöster und Stifte in Ruinen verwandelt und ihre Kostbarkeiten geplündert wurden, der Bauernkrieg hatte auch die Idee der Enteignung der römischen Kirche zugunsten weltlicher deutscher Kräfte populär gemacht. Den Hauptnutzen davon hatten allerdings weder die Bauern noch das Bürgertum, sondern die Fürsten. Sie rissen den kirchlichen Reichtum an sich und nutzten ihn zur Stärkung ihrer Position. Ein anderer Umstand, der sich günstig für die Fürsten auswirkte, war der, daß der Adel während des Bauernkrieges ebenfalls erhebliche Verluste erlitten hatte. Er hatte gezeigt, daß er den Bauern gegenüber nicht bestehen konnte. Allein die Heere der Fürsten hatten ihn gerettet. Der Adel, der als reichsunmittelbarer Stand die Hauptstütze des Kaisers gegenüber den Fürsten gewesen war, verlor deshalb seine Bedeutung und mußte sich den Fürsten zunehmend unterordnen. Die Städte mußten ihre schwankende Haltung während des Bauernkrieges damit bezahlen, daß viele vorher reichsunabhängige Städte unter die Gewalt der Fürsten kamen, wie zum Beispiel Mühlhausen.

Die einzigen, die also wirklichen Nutzen aus dem Bauernkrieg zogen, waren die Fürsten. Ihr Sieg war insofern historisch notwendig, als sie bei der bestehenden lokalen und provinziellen Zersplitterung Deutschlands das Land wenigstens teilweise zentralisieren konnten. Gleichzeitig bedeutete ihr Sieg aber auch, wie schon gesagt, ein Hemmnis für die Entwicklung Deutschlands. Die Vertiefung der Zersplitterung Deutschlands, wenn auch auf einer höheren Ebene als vorher, war der Hauptgrund dafür, daß Deutschland sich in den folgenden Jahrhunderten wirtschaftlich, politisch und in Bezug auf eine nationale Kultur langsamer entwickelte als andere europäische Länder.

Ist nun dieser Sieg der Fürsten, sind die über 100 000 Bauern, die in dieser Revolution ihr Leben geopfert haben und trotzdem verloren, ein Argument gegen die revolutionäre Erhebung der Massen? Zunächst einmal ist festzustellen, daß auch der im Vergleich zu anderen Ländern geringe historische Fortschritt allein durch diese Kraft der Volksmassen zustande kam. Sie allein waren es, die die Geschichte vorangetrieben haben. Aber es lag in den Verhältnissen der Zeit begründet, daß ihr Kampf in keinem Fall, auch nicht bei einem Sieg der frühbürgerlichen Revolution, zum Nutzen der Massen ausgegangen wäre.

Das Bewußtsein, daß der revolutionärste Führer des Bauernkrieges, Thomas Münzer, von der Ungerechtigkeit der Klassengegensätze hatte, sein Traum von der Aufhebung dieser Klassengesellschaft, die das Volk unterdrückt, mußten Ideen bleiben. Zu ihrer Verwirklichung fehlten die ökonomischen Voraussetzungen, die große Industrie, und die einzige Kraft, das Proletariat, das nicht mehr kämpft, um den Weg zur Herrschaft einer anderen Klasse zu bahnen, sondern um die Klassen selbst abzuschaffen. Friedrich Engels schreibt Mitte des 19. Jahrhunderts: **„Die mittelalterlichen Mystiker, die vom nahenden Tausendjährigen Reich träumten, hatten schon das Bewußtsein von der Ungerechtigkeit der Klassengegensätze. An der Schwelle der neueren Geschichte, vor 450 Jahren, ruft Thomas Münzer es laut in die Welt hinaus. In der englischen, in der französischen bürgerlichen Revolution ertönte derselbe Ruf und – verhallt. Und wenn jetzt derselbe Ruf nach Abschaffung der Klassengegensätze und Klassenunterschiede (. . .) ein millionenfaches Echo findet, wenn er ein Land nach dem anderen ergreift, und zwar in derselben Reihenfolge und mit derselben Intensität, wie sich in den einzelnen Ländern die große Industrie entwickelt, wenn er in einem Menschenalter eine Macht erobert hat, die allen gegen ihn vereinten Mächten trotzen und des Sieges in naher Zukunft gewiß sein kann – woher kommt das? (. . .) Es kommt daher, daß sowohl die von der modernen kapitalistischen Produktionsweise erzeugten Produktivkräfte wie auch das von ihr geschaffene System der Güterverteilung in brennenden Widerspruch geraten sind mit der Produktionsweise selbst, und zwar in solchem Grad, daß eine Umwälzung der Produktions- und Verteilungsweise stattfinden muß, die alle Klassenunterschiede beseitigt, falls nicht die ganze moderne Gesellschaft untergehen soll. In dieser handgreiflichen materiellen Tatsache, die sich den Köpfen der ausgebeuteten Proletarier mit unwiderstehlicher Notwendigkeit in mehr oder weniger klarer Gestalt aufdrängt, – in ihr (. . .) begründet sich die Siegesgewißheit des modernen Sozialismus." (Engels, Anti-Dühring).**

In dieser proletarischen Revolution, an der Seite der Arbeiterklasse und unter Führung ihrer kommunistischen Partei, werden auch die werktätigen Bauern endgültig die jahrhundertealte Unterdrückung abschütteln können.

Enver Hoxha

Die Schriftsteller und Künstler sind Helfer der Partei bei der sozialistischen Erziehung unserer Menschen

Auf der Tagung des Sekretariats des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens hielt Genosse Enver Hoxha eine Rede über die Verwirklichung der Aufgaben, die auf dem 4. Plenum des Zentralkomitees der PAA über Literatur und Kunst aufgestellt worden sind. Wir drucken im folgenden eine Zusammenfassung dieser Rede durch die albanische Nachrichtenagentur ATA gekürzt ab.

Das 4. Plenum des ZK der PAA hatte vor allem die Notwendigkeit unterstrichen, im Bereich von Literatur und Kunst einen verschärften Kampf gegen die der sozialistischen Gesellschaftsordnung fremden Einflüsse zu führen. Dieser Kampf gegen die Überreste der Weltanschauung der alten Ausbeuterklassen und gegen die ideologischen Einflüsse von Kapitalismus und Revisionismus ist notwendig, um die Macht des Volkes, die Diktatur des Proletariats zu verteidigen und zu festigen.

„Bezüglich des Kampfes, der gegen die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Überreste stattgefunden hat und stattfindet, sagte Genosse Enver Hoxha, daß die Partei in den Männern und Frauen und in der Gesellschaft die Weltanschauung, die Sitten, die Gefühle, den Geschmack, die Ethik, die revolutionäre Philosophie schaffen muß, die weder ein Wiederaufleben, noch eine Ausbreitung der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Weltanschauung erlauben.

Natürlich, fuhr er fort, ist das keine leichte Aufgabe und gerade darauf verläßt sich die Bourgeoisie, der Kapitalismus, wenn er auf den ‚Bankrott des sozialistischen Systems', die ‚Niederlage des Kommunismus' hofft. Der Kapitalismus rechnet gerade mit der Philosophie, der Weltanschauung und mit den wirtschaftlichen Beziehungen, auf denen Entwicklung und Festigung seiner Macht beruhen. Die Gesamtheit seiner Basis und des Überbaus hat den Menschen auf doppelte Weise unterdrückt: geistig und körperlich. Das Reich des Kapitals, der Religion, der Aristokratie und der Bourgeoisie hat während seiner Entwicklung im Kampf mit den fortschrittlichen Kräften gestanden und in diesen Kämpfen viele Verluste erlitten. Nun ist es in das Stadium seiner Verrottung eingetreten. Kapitalismus und Imperialismus haben nacheinander wirtschaftliche, politische und ideologische Positionen verloren. Die Revolutionen, die Völker erschüttern seine Grundlagen. Der Marxismus-Leninismus führt die Völker zu einem neuen Leben, zu Sozialismus und Kommunismus. Wir dürfen nicht glauben, daß der Weltkapitalismus angesichts der Niederlagen, die er erleidet, die Waffen streckt. Bei seinen Zielen verläßt er sich auf die barbarischen Schläge und die räuberischen imperialistischen Kriege gegen die Völker, die kämpfen, um ihr Joch abzuschütteln. Aber er rechnet auch mit der Weltanschauung und denjenigen Überresten, die das Bewußtsein der Menschen niederhalten, die für ein ganzes Leben Sklaven aus ihnen machten. (. . .)

Angesichts dieser Tatsachen und weil sie um die Gefahr in jeder Situation weiß, sagt Genosse Enver Hoxha, lehrt und erzieht unsere Partei die Menschen, schickt sie in den Kampf für den Aufbau und die Festigung der sozialistischen Gesellschaft und die Verteidigung der erreichten Siege und um den Boden für die neuen Ziele, die erreicht werden müssen, zu bereiten.

Die Schriftsteller und Künstler, betont Genosse Enver Hoxha, spielen dabei eine besonders große Rolle. Die Partei und das Volk brauchen sie. Ihre Schöpferkraft und ihr Talent müssen dazu beitragen, die Überreste der dunklen Interessen aus dem Bewußtsein des Volkes zu liquidieren und die großartige Schönheit der sozialistischen Welt und der Eigenschaften ihres neuen Menschen aufzuzeigen. Unter der Führung der Partei müssen die Arbeiter von Literatur und Kunst jene tiefe ideologische, politische, moralische und ethische Arbeit leisten, die notwendig ist, um gegen die Einflüsse und das Gift der alten Welt und der gegenwärtigen kapitalistischen und revisionistischen Welt zu kämpfen und die hohen kommunistischen Tugenden im Charakter unserer Menschen aufzudecken und zu entwickeln. Sie müssen darum kämpfen, stets die Rolle eines Helfers der Partei bei der Formung des neuen Menschen zu spielen. (. . .)

Es gibt zwei Ansichten über die Entwicklung des Lebens: eine ist idealistisch, mystisch, pessimistisch und konservativ, die andere ist realistisch, beseelt vom revolutionären Geist, Ergebnis der materialistischen Analyse der Ereignisse und der Geschichte, voller optimistischer Gefühle für eine weitere positive Veränderung und Entwicklung der Geschichte und der Gesellschaft, der klassenlosen Gesellschaft. Dieser Standpunkt wird der Besitz und die Weltanschauung solcher Menschen mit reinen und revolutionären Tugenden, die sich mit den fortschrittlichen Klassen verbinden, hart gegen das ganze verhaßte ideologische und politisch-moralische Arsenal der reaktionären Kräfte kämpfen. Um den jungen Schriftstellern und Künstlern zu helfen, und sie zu erziehen, ist es unbedingt notwendig, sie die Ideologie, die unsere Partei und die Arbeiterklasse führt, den Marxismus-Leninismus zu lehren und sie ihnen verständlich zu machen.

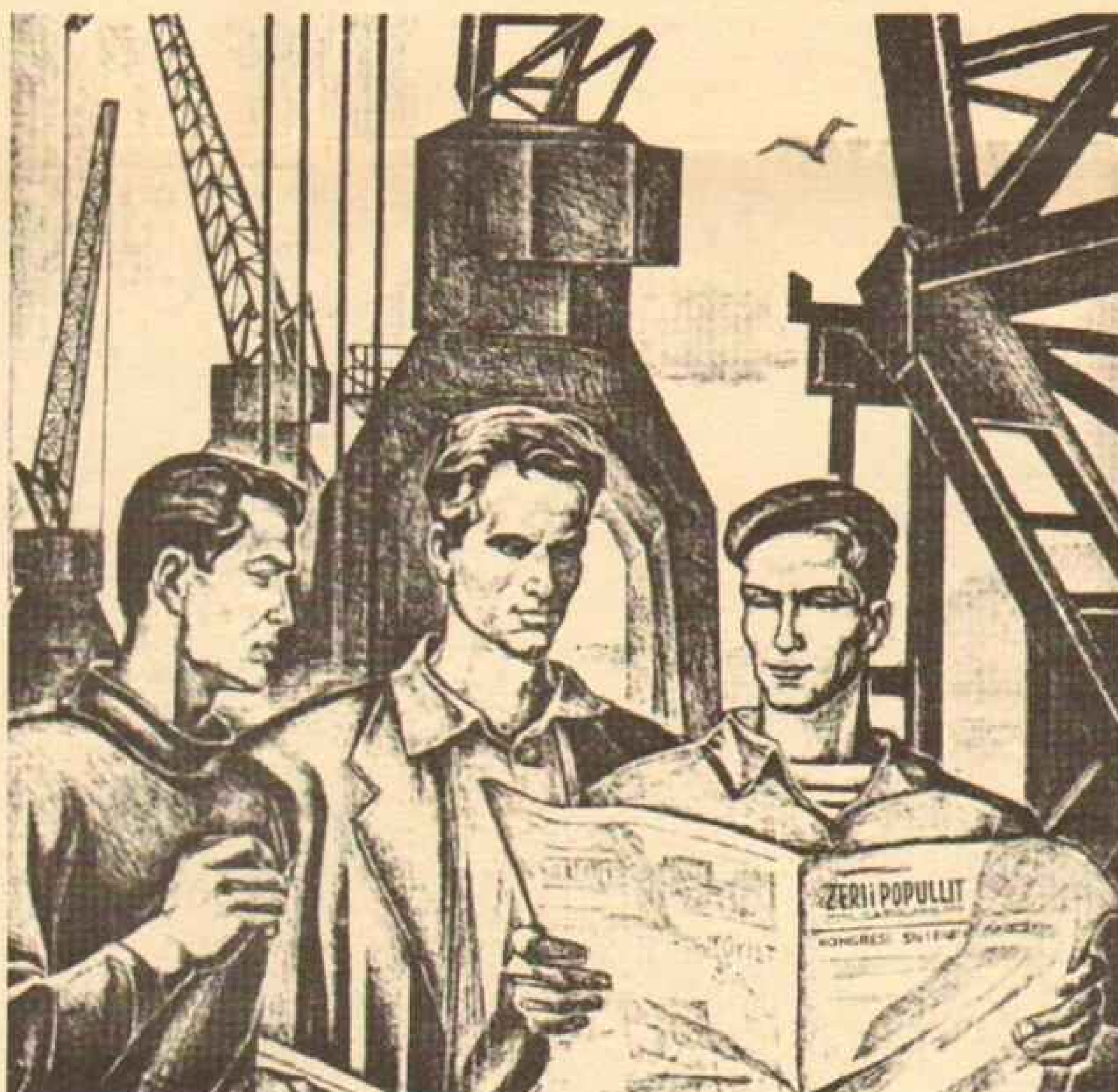
Laßt uns die jungen Schriftsteller und Künstler lehren, wie das aufgeschlagene Buch des sozialistischen Lebens unseres Landes gelesen werden muß, wie man den Inhalt dieses wundervollen Buches studiert und versteht. Laßt uns dafür sorgen, daß sie jeden ‚Buchstaben' dieses Buches des Lebens lieben und daß sie die machtvollen Schläge der starken und mutigen Gefühle und Wünsche des Volkes sehen und fühlen. Wir müssen so arbeiten, daß sie die kolossalen Errungenschaften des Volkes auf allen Gebieten sehen können und eng mit ihnen vertraut werden, daß sie sehen, wie unser neuer Mensch der sozialistischen Gesellschaft, geführt von einer marxistisch-leninistischen Partei, die Ebenen und Berge verändert hat, den Lauf der Flüsse lenkte und ganze Städte aus dem Nichts aufgebaut hat. Wir müssen so handeln, daß diese jungen Menschen alle diese Schönheiten sehen, die reiche Farbe unserer Menschen und unserer Natur und daß sie aus dem wundervollen Buch, das das Leben des Volkes ist, die Schlußfolgerungen ziehen, um sie in den Büchern, Novellen und Gedichten, in den Liedern und Theaterstücken, in den Bildern und Skulpturen, in all diesen großartigen Schätzen unseres sozialistischen Lebens, die sie schaffen, wiederzugeben.

Wenn unsere Künstler und Schriftsteller in diese Richtung weitergehen und mit diesen Lehren geformt werden, wenn sie sich vollständig und mit der ganzen Kraft ihres Charakters und ihrer reinen und mutigen Gefühle in den revolutionären Schwung des Lebens versenken, werden sie sicherlich dem Volk und dem Land wundervolle Werke geben, die die große Arbeit widerspiegeln werden, die in unserem Land für den Aufbau des Sozialismus und für die Formung des neuen Menschen verrichtet wurde.

Ihre Werke werden in ihrem Wert und ihrer großen Schönheit den gigantischen Wasserkraftwerken, Fabriken und Kombinaten, den wundervollen Weizenfeldern und den mit Obstbäumen bepflanzten Bergen ähneln, sie werden der Schönheit der Städte, Schulen und Kindergärten ähneln, wo die Kinder unseres sozialistischen Landes aufwachsen und erzogen werden, wo die Arbeiterklasse, die kooperative Bauernschaft und die Volksintelligenz mit ihrem Geist und ihrer Meisterschaft ein neues, glückliches und wohlhabendes leben aufbaut. (. . .)

Genosse Enver Hoxha sprach dann über die Bedeutung des Theaters für die Erziehung der Massen. Genosse Enver Hoxha sagte: Unser Theater, ob Drama, Oper oder Ballett, hat an Erfahrung gewonnen und eine Tradition geschaffen, aber die Anstrengungen dürfen niemals nachlassen, neue Mittel und Methoden zu finden, um mit revolutionärem Geist diese Erfahrungen und Traditionen zu verbessern. Das Theater muß unsere revolutionäre Wirklichkeit, die Forderungen der Arbeiterklasse und der kooperativen Bauernschaft zur Festigung der neuen Gesellschaft widerspiegeln. Natürlich ist das Theater für uns eine ideologische und politische Waffe zur Erziehung des Volkes, deshalb muß es verständlich sein und um verständlich zu sein, muß es die Gefühle und Wünsche des Volkes ausdrücken. (. . .)

Wir, fuhr er fort, sind gegen die Literatur des modernistischen dramatischen Theaters, welches versucht, die Massen in der Konsumgesellschaft zu halten und zu versklaven, sie von ihren reinen Gefühlen und von der revolutionären menschlichen Moral im Denken und Handeln zu trennen.



Ein Linolschnitt von Pandi Mele, Beispiel für die Kunst des sozialistischen Realismus in der Volksrepublik Albanien

Sicherlich, unser revolutionäres Theater hat nie die individuellen Züge eines Künstlers getragen und wird sie auch nicht tragen, sondern die besten Züge der Volksmassen, unserer sozialistischen Gesellschaft. Das bedeutet nicht im Geringsten, daß, wie die Bourgeoisie und ihre Theorien über das Theater behaupten, unser revolutionäres Theater die Persönlichkeit und das Talent des Künstlers herabmindert, unterschätzt oder vollständig ausschaltet. Ganz im Gegenteil eröffnet unser revolutionäres Theater den Künstlern eine breite Skala von Gefühlen und Gedanken zur Bereicherung ihres Geistes und ihrer schöpferischen Fähigkeiten.

Die innere Welt unserer Künstler kennt die Grenzen nicht, die auf dem Künstler in der bürgerlichen Gesellschaft liegen. Diese Künstler in der bürgerlichen Gesellschaft haben nur die Illusion der ‚freien Schöpfung', während ihrer Tätigkeit in Wirklichkeit natürlich bestimmt und gelenkt wird durch die bürgerliche Wirklichkeit, durch ein Leben voller unnormaler, unmoralischer und extravaganter Phänomene. Es sind genau diese desorientierenden Phänomene und Extravaganzen, die dem bürgerlichen Künstler und Schriftsteller den Eindruck der ‚Freiheit der Schöpferkraft' vermittelt. Die dunklen Hallen ihrer Kinos und Theater werden überschwemmt mit dem Ziel, Angst in den Herzen der Zuschauer zu erzeugen, so daß ihnen diese Angst den ganzen Tag, die ganze Woche anhaftet und ihr zweites Leben wird. Angeregt durch die reinen Gefühle des Volkes und um den Massen zu dienen, weist unsere revolutionäre Ästhetik diesen Inhalt, dieses Ziel, diese Form und diese Ästhetik zurück und bekämpft sie.

Von diesem Standpunkt aus müssen wir unserer Volkskunst einen großen Impuls geben, indem wir die künstlerische Amateurbewegung entwickeln. Und damit meine ich nicht nur die Volkslieder und Volkstänze. Diese beiden Gattungen, die das Volk liebt, müssen wir ausweiten und bereichern.

Genosse Enver Hoxha sprach dann ausführlich über die Entwicklung der Volkskunst. Er sagte unter anderem: Wir freuen uns sehr, wenn wir auf Bühnen der Opern, des Balletts und des Theaters in der Hauptstadt, in den Konzerten und Varietee-Veranstaltungen in den Bezirken Hunderte und Aberhunderte junger Mädchen und Jungen sehen, die so vollkommen spielen, so harmonisch und melodiös singen, daß man vergißt, daß sie Laienspieler, Arbeiter der Kunststoffabrik Nigjeni oder des Stalin-Textilkombinats, Wollarbeiter von Kukes, Studenten von Shkodra oder Schüler von Gramski sind. Die Männer und Frauen, die als Lehrer in den landwirtschaftlichen Kooperativen arbeiten, ob Kommunisten oder keine Parteimitglieder, die kunstliebenden Jungen und Mädchen, fuhr Genosse Enver Hoxha fort, müssen bei der Ausweitung der künstlerischen Aktivitäten auf dem Lande helfen. Sie sind umgeben von Menschen mit seltenen dramatischen Talenten, klugen Menschen mit ausgezeichnetem, lehrreichem Geist. Die Kulturhäuser in den Kooperativen müssen in des Wortes ganzer Bedeutung wirkliche Kulturzentren werden. Seht, wie unser Volk mit großem Talent Volkstänze und Volkslieder tanzt und singt. Diese Männer und Frauen aus den Kooperativen sind genau so fähig, Stücke aufzuführen. Sie kennen das Leben gut und wenn wir sie auf gute Art und Weise organisieren, werden sie dabei großes Vergnügen für sich selbst gewinnen und gleichzeitig anderen Freude und Vergnügen bereiten.

Aber wir müssen weitergehen. Aus der Tiefe des Volkes sind in jeder Periode die talentierten Künstler gekommen, die, selbst wenn sie Analphabeten waren, Werke von großem künstlerischen Gehalt, darunter Meisterwerke geschaffen haben. Und das soll jetzt nicht möglich sein, wo die Jungen und Mädchen 7 oder 8 Jahre in die Schule gehen? Natürlich geht das! Gehen wir deshalb an die Arbeit, suchen wir sie, ermutigen und unterstützen wir sie überall, wo sie sind, in den Arbeits- und Produktionszentren, auf den Dörfern und dann werden wir viele Genossenschaftler, Dreher, Textilarbeiter haben, die so schöne Werke hervorbringen, daß sie selbst die professionellen Künstler erfreuen und anregen werden. Laßt uns die steilen Wände des Akademismus und die steifen Formen abreißen, laßt uns das Eis brechen, das so manches junge Talent fesselt, weil angeblich Schulbesuche für dies und das notwendig sind usw. Die Partei ist keineswegs gegen Schulen, aber auch als wir keine besonderen Schulen für Dichtung, Musik, Malerei usw. hatten, hat das Volk geschaffen und es ist fortgefahren zu schaffen und es hat wunderbare Talente aus seiner Tiefe hervorgebracht. Unsere Volkslieder und -tänze sind wirklich schön, sogar sehr schön. Die Partei hat große Arbeit geleistet, um sie auf einen hohen Stand zu heben und diesen großen Reichtum zu wahren, den wir aus der Vergangenheit geerbt haben.

Unser Volk ist immer optimistisch gewesen. Im Guten wie im Bösen hat es nie sein Vertrauen in die Zukunft verloren und dieser Optimismus, diese ihm innewohnende Größe, lebt fort im reichen Erbe der mündlichen Literatur, in den Liedern, Tänzen, Trachten und anderen wundervollen Traditionen. Das ist etwas Herrliches, das durch das Genie des Volkes auf vollkommene Art in der Kunst verwirklicht wurde.

Das vielfältige und verschiedenartige Leben unseres Landes verlangt noch viel mehr Menschen, die sich mit Kunst und Musik beschäftigen. Sie müssen gefunden, unterstützt und auf die Bühne gebracht werden. Jene unter ihnen, die sich besonders auszeichnen, müssen wir auf besondere Schulen schicken und sie werden in großer Zahl in die Tiefe unseres kunstliebenden Volkes zurückkehren.

Unsere Partei wünscht und strebt danach, daß jedes Werk, das erscheint, unter allen Gesichtspunkten so vollkommen wie möglich sein soll, aber diese Vollkommenheit ist nicht leicht zu erreichen, sie braucht Zeit, Erfahrung und braucht auch Fähigkeiten, mit denen der Mensch nicht geboren wird, die sich aber im Prozeß der ständigen Förderung der Begabungen entwickeln. Die Menschen haben viele Neigungen, die zum Nutzen unserer sozialistischen Gesellschaft erforscht und weiterentwickelt werden müssen. Die Partei muß dabei nicht nur in materieller, sondern vor allem in ideologischer Hinsicht die führende Rolle spielen, indem sie die Menschen mit ihrer Ideologie anregt, mit dem Marxismus-Leninismus. Die Dichter, Schriftsteller, Musiker usw., alle unsre Künstler, müssen den Marxismus-Leninismus nicht nur aus Büchern lernen, sondern genauso im Leben, da, wo er konkret vom Volk ausgefüllt wird. Das Buch ist von großer Bedeutung, um den Menschen zu informieren und zu erziehen, deshalb sollen unsere Menschen auch Bücher haben und sie eingehend lesen. Aber die Anregung für die Menschen, die Formung ihrer Weltanschauung und ihre Erziehung sollen nicht auf das Buch beschränkt bleiben.

Wir müssen unseren Lesern Literatur mit revolutionärem Charakter zusichern. Aber wir müssen in Rechnung stellen, daß es in anderen Ländern Schriftsteller gibt, die zwar wollen, daß die Arbeiterklasse Revolution macht, aber die die Revolution nicht als Marxisten begreifen. Darum sind sie nicht in der Lage, die Frage der Revolution in Prosa und Dichtung so darzustellen und zu behandeln, wie es unsere Schriftsteller, Dichter und Künstler machen. Deshalb müssen wir sehr darauf achten, daß unsere jungen Künstler und Schriftsteller immer und beständig mit den Ideen des Marxismus-Leninismus geformt werden, so daß sie unter der Führung der Partei reif genug sind, für das Volk zu schaffen und wie das Volk zu denken. Wenn wir so handeln, werden wir sehen, daß es große und gesunde Früchte tragen wird.

Die schönen Schöpfungen unserer Schriftsteller mag man nicht nur bei uns, sondern auch im Ausland. Das gilt nicht nur für Ismail Kadars Novellen und Dritero Agollis Gedichte und von einigen anderen Autoren, die ins Ausländische übersetzt wurden, sondern auch für die Werke von vielen anderen Schriftstellern und Dichtern. Es reicht nicht, die Größe des albanischen Volkes nur auf dem Gebiet der nationalen Tradition im Ausland zu propagieren, sondern wir müssen die Weltmeinung mit dem Kampf und der großen Arbeit der Partei bekannt machen, dieser marxistisch-leninistischen Partei, die den Sozialismus im eigenen Land aufbaut, ohne im Geringsten den ringsum stattfindenden Kampf der Bourgeoisie und der modernen Revisionisten zu fürchten. Wir müssen es ermöglichen, daß die bürgerlich-revisionistische Welt sieht, daß die große Kraft des Marxismus-Leninismus in Albanien nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet siegt, sondern auch auf dem Gebiet der Kunst und Kultur. Wir stehen auf allen Gebieten mit allen unseren Möglichkeiten im Aufbau, etwas, was unsere Freunde in den geschaffenen Werken sehen können und sie können vom Heroismus des albanischen Volkes angeregt werden.

Zusammenfassend wünschte Genosse Enver Hoxha allen Arbeitern auf dem Gebiet der Literatur und Kunst noch größeren Erfolg bei der Erfüllung der Aufgaben, die das 4. Plenum des Zentralkomitees der Partei gestellt hat, genauso wie bei der Erfüllung der anderen Aufgaben, die die Partei, das Volk und der Aufbau des Sozialismus an Literatur und Kunst stellen."

Interview mit Genossen H. Brenner

Seit der Arbeitsgerichtsverhandlung, die Genosse Hanfried Brenner gegen die Mannesmannkapitalisten geführt hat, gilt diesem Genossen, der bei Mannesmann führend daran beteiligt war, den Kollegen den Weg des revolutionären Klassenkampfes zu zeigen und den Verrat der modernen Revisionisten zu entlarven, der besondere Haß der Bourgeoisie.

Der ROTE MORGEN stellte Genossen Brenner, dem in der letzten Zeit bald täglich eine neue Anklageschrift ins Haus flatterte, einige Fragen.

RM: Genosse Hanfried, wie viele Verfahren laufen jetzt gegen Dich?

Hanfried: Insgesamt habe ich bis jetzt 9 Anklageschriften erhalten. Sieben davon stehen im Zusammenhang mit dem Mord an Genossen Günter. Acht der neun Verfahren sollen laut Antrag der Staatsanwaltschaft zu einem Prozeß zusammengezogen werden.

RM: Was bedeutet diese Zusammenziehung der Verfahren?

Hanfried: Zweifellos bedeutet sie, daß die Bourgeoisie eine Gefängnisstrafe gegen mich verhängen will. Das wird auch noch durch andere Tatsachen deutlich. So habe ich beispielsweise im Gegensatz zu anderen Genossen keinen Strafbefehl über Geldstrafen erhalten, sondern ausschließlich Anklageschriften. Und nicht umsonst wird auch in den Anklageschriften unter dem Punkt „Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen" jeweils lang und breit meine bisherige politische Betätigung aufgerollt. So heißt es dort beispielsweise, daß ich „bereits in den Jahren 1967 bis 71 einer der rührigsten Linksextremisten in München" gewesen sei. (Bis 1971 hatte ich meinen Wohnsitz in München). Genauso wird in allen Anklageschriften versucht, über mich die KPD/ML zu diffamieren, indem die Staatsanwaltschaft wahrheitswidrig behauptet, ich sei Mitglied in der „Südfront", einer lumpenproletarischen, inzwischen längst aufgelösten, Organisation gewesen.

RM: Worauf beziehen sich die Anklageschriften im einzelnen?

Hanfried: Fast alle beziehen sich auf Flugblätter und Betriebszeitungen, die mit meiner Adresse als Impressum versehen sind, außerdem auf die beschlagnahmte Dokumentationsbroschüre der Partei zum Mord an Genossen Günter. Diese Anklage gehört zu den „dicken Brocken". Hier wird mir neben „Beleidigung" und „Verächtlichmachung der Bundesrepublik" auch noch „Volksverhetzung" vorgeworfen. Ein weiterer „dicker Brocken" ist die Anklage betreffs meiner Arbeitsgerichtsverhandlung gegen Mannesmann, bei der Genosse Günter das Opfer eines Mordanschlages der Polizei wurde. Neben den schon üblichen Paragraphen gegen Genossen der Partei wird mir hier noch Körperverletzung vorgeworfen, weil ich einen Polizisten getreten haben soll. Man muß sich das vorstellen, die Polizei ermordet einen unserer Genossen und wirft uns dann Körperverletzung vor! Außer mir sind wegen dieser Arbeitsgerichtsverhandlung noch vier weitere Genossen angeklagt. Der erste Prozeß deswegen wird wahrscheinlich Anfang März stattfinden.

RM: Genosse Hanfried, inzwischen haben in Duisburg eine Reihe von Prozessen im Zusammenhang mit der Ermordung des Genossen Günter und mit dem Überfall auf den Trauerzug stattgefunden. Was haben sie gezeigt?

Hanfried: Sie haben einmal gezeigt, daß die bürgerliche Klassenjustiz die Genossen um jeden Preis verurteilen will. Gerade die Einstellung des Verfahrens, das Rotraud Routhier gegen die Polizeibeamten angestrengt hat, muß hier jede Illusion in irgendeine „Gerechtigkeit" der Justiz zerstören. Denn auf einen kurzen Nenner gebracht, besagt die Begründung für die Einstellung des Verfahrens nichts anderes als: der Tod von Günter Routhier ist gerechtfertigt. Was ich eben gesagt habe, hat aber natürlich nicht die Konsequenz, daß die Partei den Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz einstellt. Denn die schon gelaufenen Prozesse haben bewiesen, daß die Partei, wenn sie bei den Prozessen genauso mutig kämpft wie gegen den Mord des Genossen Günter, Erfolge erringen kann. Der beste Beweis dafür ist der Freispruch des Genossen Hubert. (s. RM Nr. 7 – Red.)

RM: Genosse Hanfried, kannst Du noch ein paar Worte über die gegenwärtige Situation in Duisburg sagen?

Hanfried: In Duisburg verschärft sich die Krisensituation gegenwärtig erheblich, weil jetzt auch die Stahlindustrie, die in Duisburg außerordentlich stark konzentriert ist, von der Krise erfaßt wird. Thyssen hat bereits die Überschichten gestrichen und für ein Werk Kurzarbeit angekündigt. Für die Duisburger Ortsgruppe der Partei bedeutet das, daß wir unsere Arbeit unter den Massen verstärken und ausweiten müssen. Die Teilnahme an der Landtagswahl bildet einen sehr guten Hebel dafür, das hat sich schon bei der Unterschriftensammlung gezeigt. Bei der politischen Arbeit hier in Duisburg spürt man immer wieder, daß der Kampf, den die Partei hier im letzten Sommer für die Verbreitung der Wahrheit über den Mord an Günter Routhier geführt hat, die Verankerung der Partei unter den Massen enorm vorangebracht hat. Letzten Endes haben auch die massiven Unterdrückungsmaßnahmen der Polizei dazu beigetragen, und zwar deshalb, weil wir nicht vor dem Terror zurückgewichen sind, sondern entschlossen dagegen gekämpft haben.

Die beispiellose Welle von Prozessen, die die Bourgeoisie jetzt gegen uns entfesselt hat, wird ebenfalls zum Bumerang für sie werden. Das starke und traditionsreiche Duisburger Industrieproletariat wird sich immer mehr um seine marxistisch-leninistische Partei zusammenschließen.

RM: Vielen Dank für das Gespräch, Genosse Hanfried.

Urteil im Antikriegstagsprozeß
3 1/2 Jahre Gefängnis für Peter, Hubert, Bernd

Fortsetzung von Seite 1

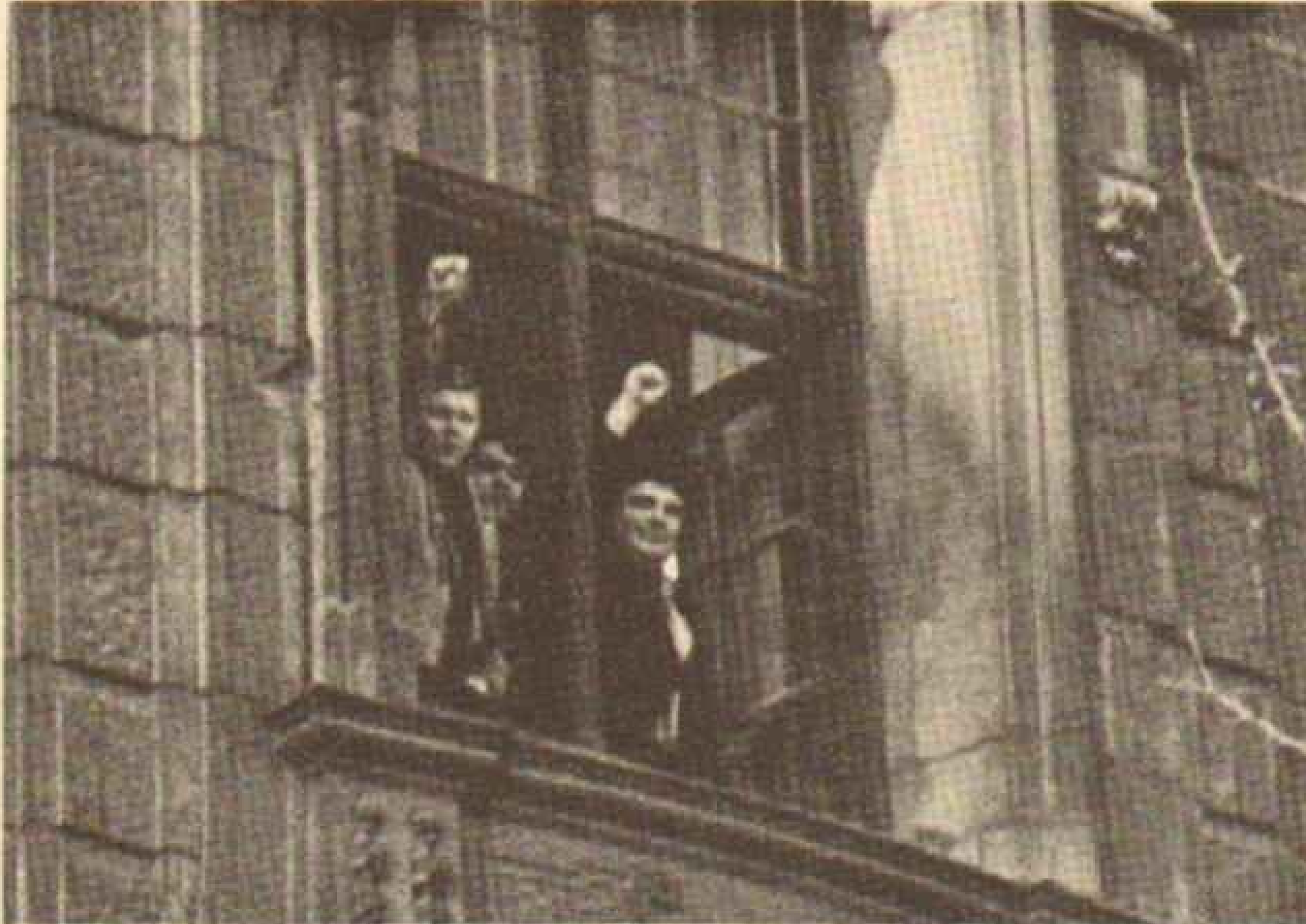
strant niemals ihr Sohn sein könne, die Denunzianten zu laden, auf deren Aussagen vor einem Jahr die Verurteilung gestützt wurde. Stattdessen wurde die Verhandlung gegen Klaus abgetrennt und er freigesprochen.

Ein anderer wichtiger Erfolg ist die Tatsache, daß das Gericht während des Prozesses die immer noch bestehenden Haftbefehle gegen die Genossen Peter Bayer und Hubert Lehmann aufhob.

Daß der Freispruch des Genossen Klaus und die Aufhebung der Haftbefehle gegen die beiden Genossen nicht auf die „Milde" oder gar die „Gerechtigkeit" des Gerichts zurückzuführen sind, zeigte der gesamte Verlauf des Prozesses, in dem Richter Höfner von Anfang an zeigte, daß er alle Möglichkeiten des Gesetzes ausnutzen würde, um ein Gesinnungsurteil gegen die Genossen zu fällen.

Der Charakter dieses Gerichts zeigt sich aber vor allem an dem Urteil gegen Genossen Peter Bayer. Während des Prozesses kann ein Polizeizeuge, der Genossen Peter am Roten Antikriegstag festgenommen hat, wobei er mitten auf der Straße nackt ausgezogen wurde, ohne die geringste Reaktion des Gerichts sagen, daß man an sich hätte schießen müssen. Um eine höhere Strafe gegen ihn durchzusetzen, wird ihm gleichzeitig eine „Anweisung an die Demonstranten" vorgelegt, die man angeblich im Handschuhfach seines Autos gefunden habe. Daß dieses Blatt, mit dem man Peter offensichtlich zum Rädelsführer stempeln will, so wie es vorgelegt wird, ungeknickt, gar nicht in ein Handschuhfach paßt, ist einer der Widersprüche, auf die einzugehen sich Richter Höfner in seiner fehlenden Urteilsbegründung spart.

Tatsache ist, daß dieser Prozeß im Falle der Genossen Peter, Hubert und Bernd genauso wenig Beweise, nämlich gar keine, erbracht hat, um die Anklage auf Landfriedensbruch usw. zu belegen, wie bei Klaus Stahl und allen anderen Genossen, die bisher in Prozessen wegen des Roten Antikriegstages 1972 verurteilt wurden. **Alle diese Genossen, zuletzt Heinz Baron und Klaus Kercher, wurden ausschließlich deshalb verurteilt, weil sie als Kommunisten gegen den imperialistischen Krieg und die Friedenslügen des westdeutschen Imperialismus kämpften und weil sie auch vor Gericht kein Geheimnis daraus machten, daß ihr Ziel ist, gemeinsam mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution zu kämpfen.**



Revolutionärer Gruß der Genossen Peter, Hubert und Bernd aus dem Fenster des Gerichtsgebäudes

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:
Vorstand der KPD/ML – Spendenkonto – Stadtsparkasse Dortmund Kto. Nr. 321 004 547

Während des Kampfes, den die Partei und die RHD München in der Zeit des Prozesses führte, gelang es – und das ist ein entscheidender Erfolg dieses Prozesses – eine Reihe von Kollegen zur Unterstützung des Kampfes gegen die bürgerliche Klassenjustiz zu gewinnen. So hatten zum Beispiel sieben Kollegen des angeklagten Genossen Bernd bereits vor dem Prozeß eine Solidaritätserklärung geschrieben. Sie bekräftigten das noch einmal, nachdem Bernd ihnen erzählt hatte, wie die Verhandlung verlaufen war. Ein Kollege, der bisher der Partei noch skeptisch gegenüberstand, sagte nach dem letzten Verhandlungstag, an dem er mit seiner Frau erst am Gericht und dann bei der Veranstaltung der Partei war, daß ihm das Auftreten der Partei sehr gut gefallen habe.

Korrespondenzen

An den Genossen Sascha Haschemi! An die Angeklagten im Antikriegstagsprozeß! An Hanns Marzini und die drei anderen angeklagten Antifaschisten! **An den ROTEN MORGEN!** An die ROTE FAHNE! An die INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

Resolution

Liebe Genossen!

Wir haben heute in der Ortsgruppe über Eure laufenden Prozesse gesprochen und gesehen, daß sich die politische Unterdrückung gegen alle, die gegen diesen Ausbeuterstaat für die sozialistische Revolution kämpfen, immer mehr verschärft.

Die Bourgeoisie will dem Genossen Sascha keinen deutschen Paß geben, obwohl er Deutscher ist. Sie will ihn an das faschistische Schahregime ausliefern. Der Grund ist klar: Er ist Kommunist und hat 1972 beim Roten Antikriegstag gegen Imperialismus und Krieg demonstriert. Dafür hat ihn die Bourgeoisie zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Unsere Forderung ist:

SOFORT EIN DEUTSCHER PASS FÜR SASCHA!

In einem laufenden Prozeß will die Bourgeoisie 4 Genossen, die am Roten Antikriegstag teilgenommen haben, zu langen Gefängnisstrafen verurteilen, weil sie Kommunisten sind. Dies soll uns alle einschüchtern, doch wir fordern:

FREISPRUCH FÜR ALLE ANGEKLAGTEN BEIM ANTIKRIEGSTAGSPROZESS!

Drei Antifaschisten und den Genossen Hanns Marzini, die gegen eine faschistische Kundgebung, einen NPD-Parteitag demonstriert hatten, will die Bourgeoisie ebenfalls hinter Gitter sperren, weil sie gegen diesen Staat kämpfen. Weil sie fürchtet, daß wie sie immer mehr Menschen erkennen: Kampf gegen den Faschismus, das heißt Kampf gegen diesen bürgerlichen Staatsapparat für den Sozialismus! Wir fordern:

FREISPRUCH FÜR HANNS MARZINI UND DIE DREI ANDEREN ANTIFASCHISTEN! KEINE ABSCHIEBUNG, SOFORTIGE FREILASSUNG VON HANNS MARZINI!

Genossen, wir stehen im Kampf gegen die Klassenjustiz an Eurer Seite! Wir benutzen die Verbrechen der Klassenjustiz an Euch und den anderen politischen Gefangenen, um die Menschen auf der Straße durch die Verbreitung der Wahrheit für den Kampf gegen die Klassenjustiz, für den Sozialismus zu gewinnen. Gemeinsam werden wir schließlich den Klassenfeind schlagen! Gemeinsam können wir auch, durch eine breite Solidarität, unsere Forderungen durchsetzen! Die Bourgeoisie auf die Anklagebank! Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Einstimmig beschlossen von den Mitgliedern der Ortsgruppe Wedding der Liga gegen den Imperialismus, am 12. 2. 1975

Genossen,

Im RM Nr. 6 habt ihr unter dem Titel „Antikommunismus und Massenverachtung" einen Artikel zur RAF veröffentlicht. Den Artikel finde ich richtig. Man hätte allerdings noch darauf eingehen müssen, daß aus dem Spiegel-Interview auch eine feindliche Haltung gegenüber den sozialistischen Ländern spricht. So wird auf die VR China und die VR Albanien überhaupt nicht eingegangen, stattdessen wird aber Lin Piao, dieser Erzfeind des chinesischen Volkes und der KP Chinas zustimmend zitiert. Ich frage mich allerdings, wie dieser Artikel sich mit früheren Artikeln im RM verträgt, in denen die RAF als „revolutionäre Organisation" bezeichnet wurde. Habt ihr einen Schwenk um 180 Grad gemacht?

RM-Leser aus Dortmund

PS: Warum setzt ihr neuerdings die Buchstaben RAF in Anführungszeichen?

RM-Redaktion: Was die aus dem Spiegel-Interview sprechende feindliche Haltung gegenüber den sozialistischen Ländern angeht, stimmen wir mit Dir überein, und es war ein Fehler, daß darauf in dem Artikel nicht eingegangen worden ist.

Die Buchstaben RAF haben wir in Anführungszeichen gesetzt, weil wir die Zuschrift eines Lesers aus Westberlin richtig fanden, der meinte, man müsse so die Tatsache klarstellen, daß die RAF nichts mit einer wirklichen Roten Armee gemein hat, die das Volk braucht, um in der Revolution siegen zu können. Wir haben diese Frage aber noch einmal diskutiert. Obwohl es natürlich schädlich ist, daß diese Organisation den Namen Rote Armee mißbraucht, wollen wir die Anführungszeichen in Zukunft wieder weglassen. Sonst würde es in Zukunft in den RM-Artikeln von Anführungszeichen nur so wimmeln. Wir werden die Anführungszeichen in Zukunft nur noch da benutzen, wo es darum geht, daß eine Organisation sich wie die D„K"P zur Täuschung der Massen kommunistisch nennt.

Wir sehen in dem von Dir angesprochenen Artikel keinen Widerspruch zu früheren RM-Artikeln. Wir haben stets gesagt, daß wir die RAF nicht als monolithische Einheit betrachten, sondern daß wir glauben, daß die RAF mehrere Tendenzen in sich vereinigt, unter denen es revolutionäre, fortschrittliche, aber auch antikommunistische (anarchistische, trotzkistische) gibt. Je stärker reaktionäre Tendenzen hervortreten, desto stärker wird die Partei den Kampf dagegen führen. Das ändert nichts daran, daß wir revolutionäre Aktionen der RAF verteidigen, wenn der moderne Revisionismus und seine verschiedenen Nachbeter unter dem Deckmantel des „Terrorismus" in Wirklichkeit die revolutionäre Gewalt und die gewaltsame Revolution verurteilen wollen. Das ändert auch nichts daran, daß wir gegenüber dem Klassenfeind mit der RAF solidarisch sind.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

KÖLN

Wegen seiner angeblichen Teilnahme an der verbotenen CISNU-Demonstration in Köln im Dezember 73 hatte ein Genosse einen Strafbefehl über 1 000 DM erhalten. Im Prozeß (es wurden bisher schon über 20 Prozesse wegen dieser Demonstration angestrengt), gelang es durch den Kampf der Partei, die Anklage wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt' ins Wanken zu bringen. Die Strafe wurde auf 500 DM festgesetzt.

MÜNCHEN

Vor kurzem fand die Verhandlung gegen zwei weitere Zuschauer im Prozeß gegen die Genossen Sascha, Hubert und Bernd vor einem Jahr statt. Vorausgegangen waren Strafbefehle über je 400 DM wegen „Hausfriedensbruch". Die Strafbefehle wurden bestätigt. Einer der Genossen hatte auf einer Veranstaltung der GRF nahestehenden „ÖTV-Soldatengruppe" über diesen Prozeß berichtet. Es wurden 32,80 DM gesammelt.

HAMBURG

Am 10. 2. standen in Hamburg drei Genossen vor Gericht, weil sie während des Wahlkampfes zur Bürgerschaftswahl in Hamburg angeblich Plakate der NPD überklebt haben sollen. In Wirklichkeit waren die Genossen damals von mit MPs bewaffneten Polizisten überfallen worden, als sie Stellschilder der Partei in Ordnung brachten. Die Genossen entlarvten vor Gericht, daß dieser Prozeß in einer Reihe steht mit dem Wahlterror, den die Bourgeoisie damals gegen die Partei organisierte. Außerdem deckten sie auf, daß die Tatsache, daß der Landesverband der NPD Anzeige erstattet hatte, obwohl bei dem Überfall nur Polizisten zugegen waren, auf äußerst enge Verbindungen zwischen den Polizisten und diesen offenen Faschisten schließen läßt. Das Gericht verurteilte die Genossen zu insgesamt 750 DM Geldstrafe. Außerdem ließ es eine schriftliche Erklärung der Angeklagten beschlagnahmen.

BOCHUM

Wegen seiner Teilnahme an der Beerdigung des Genossen Günter („Teilnahme an der verbotenen Demonstration der KPD/ML") in Duisburg, erhielt Siggi M. aus Bochum jetzt eine Schadenersatzforderung vom Duisburger Polizeipräsidenten über rund 1 900 DM. Siggi M. soll angeblich mehrere Polizisten verletzt haben.

DARMSTADT

Weil er angeblich eine Versammlung der „Bürgerinitiative für freiheitliche Ordnung" sprengen wollte, erhielt Genosse Karl-Heinz G. einen Strafbefehl über 800 DM. Einen weiteren Strafbefehl über 600 DM erhielt er, weil er den ROTEN MORGEN Nr. 24 und 25, sowie ein Flugblatt zur Ermordung des Genossen Günter verteilt haben soll. Wegen eines Informationsstandes, den die Partei in Darmstadt zum Polizeimord an Genossen Günter aufgebaut hatte, bekam eine andere Genossin einen Strafbefehl über 300 DM.

Wachsende Widersprüche in der Liga

GRF-Führer fürchten ideologischen Kampf

Wie sehr die Führer der „Liga gegen den Imperialismus" und der Gruppe Rote Fahne (GRF) die revolutionäre Linie fürchten, zeigen die Maßnahmen, die sie in der „Liga" ergreifen, um der ideologischen Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen und ihre opportunistische Linie durchzusetzen: Ausschlußverfahren gegen revolutionäre Genossen wie in Darmstadt, Rauswurf von KPD/ML-Genossen aus „Liga"-Veranstaltungen wie in Bochum.

In Darmstadt schlossen die „Liga"-Führer zwei revolutionäre Genossen aus, wegen „organisationsschädigendem Verhalten": sie hatten in der „Liga" die opportunistische Linie im antiimperialistischen Kampf zurückgewiesen. Mit den zweien traten aus Solidarität zwei weitere Genossen aus der „Liga" aus. In einer Erklärung der vier ehemaligen GRF-Sympathisanten heißt es zu dem Ausschluß: **„Wir bestreiten, daß ideologische Diskussionen ‚organisationsschädigendes Verhalten' sein können. Vielmehr nahm der Ortsgruppenvorstand diesen Ausdruck nur zum Vorwand, um für ihn unangenehme Kritik abzublocken. Der OG-Vorstand hatte in der Zeit vor der letzten OG-Mitgliederversammlung schwerste rechtsopportunistische Abweichungen begangen. So veranstaltete er eine Demonstration zusammen mit den trotzkistischen Verrätern der ‚Spartacus'-Gruppe, gab mit den modernen Revisionisten ein gemeinsames Flugblatt heraus, das voll und ganz ein Flugblatt auf der Basis der modernen Revisionisten war.**

Diese rechtsopportunistischen Abweichungen wurden von den zwei ausgeschlossenen Mitgliedern aufs Schärfste bekämpft. Da der OG-Vorstand seinen Rechtsopportunismus nicht korrigieren wollte, sondern ihn im Gegenteil für Marxismus-Leninismus verkaufen wollte, war die Diskussion nicht in kürzester Zeit abzuschließen, sondern nahm etwa zwei Stunden in Anspruch. Beendet wurde sie durch den Ausschluß von zwei Mitgliedern. Aus Solidarität mit den Ausgeschlossenen traten zwei weitere Genossen aus, darunter ein weiteres Gründungsmitglied der OG."

Die vier ehemaligen GRF-Sympathisanten greifen scharf das Vorgehen der „Liga"-Führer an, **„die Mitgliedschaft in der Liga von der Anerkennung einer kleinbürgerlichen, rechtsopportunistischen Gruppe abhängig zu machen, die sich unverschämterweise KPD nennt. Wir können allerdings das Programm und die Linie der GRF nicht anerkennen, mit der wir selbst schon die übelsten Erfahrungen gemacht haben. Wir weisen aber auch den Versuch des OG-Vorstandes zurück, die Liga in eine Massenorganisation der GRF zu verwandeln."** **„Da unser ‚Fall kein Einzelfall ist"**, heißt es an anderer Stelle der Erklärung, **„sondern auch in der OG Münster eine ähnliche Praxis erkennbar ist, drängt sich der Verdacht auf, daß der Rechtsopportunismus in Darmstadt kein örtlich begrenzter Fall ist, sondern daß die Führung der Liga durch die GRF-Linie verseucht ist. (. . .) man wagt sich nicht, die verrottete GRF-Linie offen anzubieten, sondern will sie den Liga-Mitgliedern versteckt unterjubeln."**

Auch in der Ortsgruppe Bochum der „Liga" zeigt sich, daß die Widersprüche in der „Liga" sich vertiefen. Zu einer Sitzung zur Wahl in NRW war ein Kandidat der KPD/ML erschienen. Die „Liga"-Führer erklärten in der Sitzung, als wäre es selbstverständlich: eine Delegiertenkonferenz der „Liga" habe beschlossen, bei der Wahl die GRF zu wählen und zu unterstützen. Diese angebliche Delegiertenkonferenz hatte stattgefunden, ohne daß die Mitglieder der OG überhaupt um ihre Meinung gefragt worden waren. Als der Landtagskandidat der KPD/ML dieses Hinwegsetzen über die Mitglieder kritisierte, brachen die Widersprüche offen auf. Mehrere „Liga"-Mitglieder kritisierten anhand des Vorfalls, daß in der „Liga" kaum eine politische Auseinandersetzung geführt würde, daß man stattdessen von Aktion zu Aktion gehetzt werde. Auch an der Entscheidung der Delegiertenkonferenz, die opportunistische GRF zu unterstützen, wurde Kritik geübt: die GRF wechsle ständig ihre Positionen, ohne ein Wort Selbstkritik zu üben.

In der weiteren Auseinandersetzung während der Versammlung zeigte sich weiterhin die Unfähigkeit der GRF, ihre opportunistische Linie zu verteidigen. Sie zogen es vor, den „Liga"-Mitgliedern zu drohen: wer mit der KPD/ML sympathisiere, müsse eigentlich aus der „Liga" ausgeschlossen werden. Sie gingen sogar so weit, den Genossen der KPD/ML als „KPD/ML-Spitzel" und als „Feind" zu beschimpfen und setzten schließlich durch, daß er an der Sitzung nicht mehr teilnehmen dürfe. Es zeigt ihre Furcht, sich politisch mit der revolutionären Linie auseinandersetzen zu müssen, zeigt ihre Angst, die einfachen „Liga"-Mitglieder würden ihren Lügen keinen Glauben mehr schenken. Zwei Mitglieder der „Liga" erklärten trotz der Einschüchterungsversuche der GRF-Führer, daß sie im Wahlkampf die KPD/ML unterstützen würden.

Wie wenig die GRF-Führer inzwischen selbst daran glauben, daß sie ihre opportunistische Linie noch in der offenen ideologischen Auseinandersetzung mit der Partei vor ihren Mitgliedern rechtfertigen können, zeigt ein anderes Beispiel aus Bochum. Der „K"SV hatte angekündigt, auf einer Wahlveranstaltung in Bochum zwei Landtagskandidaten der GRF vorzustellen. Rund 30 Leute waren erschienen, darunter auch einige Genossen der Partei und des KSB/ML. Da erklärten die Bochumer „K"SV-Führer die Veranstaltung für aufgelöst, weil nur ein Sympathisant erschienen sei und man nicht mit dem „Roten Morgen" diskutieren wolle. Die Bochumer „K"SV-Führer drückten sich, aber so leicht werden sie ihren Kopf nicht aus der Schlinge ziehen können. **Immer mehr Mitglieder und Sympathisanten der GRF fragen sich, was von einer politischen Linie zu halten ist, die innerorganisatorisch nur mit Massenausschlüssen aufrechterhalten werden kann, und deren Vertreter lieber eine Riesenblamage in Kauf nehmen, als sich auf eine ideologische Auseinandersetzung mit einigen Genossen unserer Partei einzulassen.**

Bomben auf Dresden waren Völkermord

Vor 30 Jahren, in der Nacht vom 13. zum 14. Februar 1945, bombardierten amerikanische und britische Bomber, unterstützt von Langstreckenjägern die Stadt Dresden. Mehr als 3 000 Flugzeuge waren die ganze Nacht über im Einsatz. Ihre Angriffe richteten sich systematisch auf die Wohnviertel der Stadt, sie galten den Männern, Frauen, Kindern und Greisen. Vor den Bomben der amerikanischen und britischen Imperialisten gab es keinen Schutz.

Es war bekannt, daß Dresden in diesen Tagen von hunderttausenden von Flüchtlingen überfüllt war. In dieser Nacht wurden zigtausende von Menschen ermordet, die genaue Zahl ist nicht bekannt, die Stadt verwandelte sich in ein Massengrab, in eine Hölle aus Feuer, Schutt und Asche.



Dresden nach dem Angriff der amerikanischen und britischen Imperialisten

Die Bombardierung der Stadt Dresden richtete sich nicht gegen die deutschen Imperialisten, den Hitlerfaschismus, sondern gegen das deutsche Volk, war Völkermord. Und Dresden war kein Einzelfall. Vom August 1944 bis zum April 1945 bombardierten die amerikanischen und britischen Imperialisten die Wohnviertel von über einhundert deutschen Städten. Das war der gleiche Geist wie der der Hitlerfaschisten, die anläßlich der Bombardierung von Coventry und London zynisch erklärten: „Wir werden ihre Städte ausradieren!"

Die amerikanischen und britischen Imperialisten haben versucht, die Bombardements mit „militärischen Notwendigkeiten" zu rechtfertigen. In Wirklichkeit gab es solche militärischen Notwendigkeiten jedoch nicht. Obwohl sich in Dresden große Rüstungsbetriebe, Kasernen und andere militärische Einrichtungen befanden, wurden gerade sie nicht angegriffen. Dazu kam, daß im Februar 1945 die Rote Armee nur wenige Kilometer vor den Toren der Stadt stand. Es war offensichtlich, daß das Hitlerregime vor seinem endgültigen Zusammenbruch stand.

Die amerikanischen und britischen Imperialisten hatten im Rahmen der Antihitlerkoalition der Völker der Welt, die von der sozialistischen Sowjetunion mit Genossen Stalin an der Spitze geführt wurde, gegen die deutschen Imperialisten gekämpft. Aber die amerikanischen und britischen Imperialisten waren dadurch nicht zu Freunden der Völker geworden, sie hatten ihre imperialistische Natur nicht geändert und ihre Motive für den Krieg gegen den Hitlerfaschismus waren von völlig anderer Art als die der sozialistischen Sowjetunion und der Völker der Welt. **Als imperialistische Räuber kämpften sie gegen einen Konkurrenten, um sein Erbe anzutreten und an seiner Stelle die Völker zu unterdrücken und zu versklaven.** Deshalb fürchteten sie nichts mehr, als die gewaltige Kraft des Kampfs der Völker gegen die deutschen Imperialisten, als die Siege der von Stalin geführten Roten Armee, die an der Spitze des Freiheitskampfes der Völker stand.

Die Bomben auf Dresden und die anderen deutschen Städte zeigten dem deutschen Volk, daß die amerikanischen und britischen Imperialisten nicht als Befreier kamen, sondern als neue Unterdrücker. Die Geschichte hat gezeigt, daß die amerikanischen Imperialisten, die den 2. Weltkrieg als stärkste imperialistische Macht beendeten, sofort die deutschen Imperialisten in Schutz nahmen, die Grundlagen ihrer Herrschaft unangetastet ließen, die deutsche Nation spalteten, um sich die westlichen Zonen einzuverleiben und überall als imperialistische Besatzer, als Unterdrücker der Freiheit und der Unabhängigkeit des deutschen Volkes auftraten.

Von völlig anderer Art war der Kampf der von Stalin geführten Roten Armee gegen die deutschen Imperialisten. ***„Eine solche Aufgabe, wie die Vernichtung Deutschlands, haben wir nicht"***, erklärte Stalin, ***„denn es ist unmöglich, Deutschland zu vernichten. (. . .) Aber den Hitlerstaat vernichten, das kann man und soll man."*** Und weiter: ***„Es wäre aber lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volk, dem deutschen Staat gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt."***

Damals war die sozialistische Sowjetunion der Freund des deutschen Volkes, heute haben die sowjetischen Sozialimperialisten längst das Erbe Lenins und Stalins verraten und sind selbst zu Räubern vom Schlage eines Hitler geworden, die mit den amerikanischen Imperialisten um die Vorherrschaft in der Welt kämpfen.

Treffen Vetter-Scheljepin

Zusammenarbeit gegen die Werktätigen

Ende Januar kam der Vorsitzende des sowjetischen Gewerkschaftsbundes, Scheljepin, mit einem sowjetischen Sonderflugzeug nach Düsseldorf geflogen, um DGB-Chef Vetter zu einem Gespräch aufzusuchen.

Seit 1968, noch bevor die Verträge zwischen den sowjetischen Sozialimperialisten und den westdeutschen Imperialisten geschlossen wurden, bestehen zwischen dem sozialfaschistischen sowjetischen und dem reaktionären westdeutschen Gewerkschaftsapparat Beziehungen, die stetig enger geworden sind. Von Anfang an dienten diese Beziehungen dazu, der sich entwickelnden Zusammenarbeit zwischen Moskau und Bonn den Anstrich zu geben, sie stünde im Interesse der Werktätigen. Auch heute noch, wo die aggressiven Bestrebungen der sowjetischen Sozialimperialisten in Europa und auf der ganzen Welt immer offensichtlicher werden, geben Scheljepin und Vetter vor, der Zusammenarbeit der Werktätigen für Frieden und Freiheit zu dienen. In der Tat aber trafen sich zwei Feinde der Werktätigen.

Alexander Nikolajewitsch Scheljepin selbst ist einer der übelsten Gangster der sowjetischen Revisionistenclique. Als nach Stalins Tod die modernen Revisionisten in der Sowjetunion die Diktatur des Proletariats in eine sozialfaschistische Diktatur der neuen revisionistischen Bourgeoisie umwandelten, war es Scheljepin, der als Chef des KGB den sowjetischen Geheimdienst in die Hände der neuen Bourgeoisie legte und ihn in ein berüchtigtes Unterdrückungsinstrument gegen die sowjetischen Werktätigen verwandelte. Es ist geradezu bezeichnend, daß dieser Spezialist von Unterdrückung und Verbrechen später die Führung des sowjetischen Gewerkschaftsverbandes von den Neuen Zaren im Kreml übertragen bekam.

In Düsseldorf begegneten sich mit Scheljepin und Vetter die führenden Vertreter zweier Gewerkschaftsapparate, die bedingungslos den imperialistischen Interessen ihrer Herren in Moskau und Bonn dienen. Dementsprechend führten sie auch ihre Gespräche über mögliche Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten. Sie erörterten, wie die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Neuen Kremlzaren und den westdeutschen Imperialisten verbessert werden könne, sprachen aber auch über politische Geschäfte. **So erklärte Scheljepin die Bereitschaft des sowjetischen Gewerkschaftsapparates, den DGB-Landesverband Westberlin als festen Bestandteil des DGB anzuerkennen. Das heißt, daß die sowjetischen Sozialimperialisten auch auf gewerkschaftlicher Ebene den westdeutschen Imperialisten Westberlin zuschanzen. Als Gegenleistung aber verlangte Scheljepin, der DGB solle sich einsetzen auf der Konferenz des Europäischen Gewerkschaftsbundes im März für die Aufnahme der Gewerkschaftsapparate des sozialimperialistischen Herrschaftsbereiches. Für die sowjetischen Sozialimperialisten ist dies von großer Bedeutung, um ihr Vordringen nach Westeuropa demagogisch unter dem Titel „Zusammenarbeit der Werktätigen Europas" zu propagieren.**

Diese Zusammenarbeit des sowjetrevisionistischen Gewerkschaftsapparates mit dem reaktionären DGB-Apparat richtet sich in der Tat gegen die Werktätigen Europas, denn in Wahrheit dient sie in erster Linie dem Vordringen des sowjetischen Sozialimperialismus nach Westeuropa, der Verwirklichung der aggressiven Pläne des sowjetischen Sozialimperialismus, in Europa und auf allen Kontinenten seine Vorherrschaft gewaltsam zu errichten; sie dient aber auch den revanchistischen Interessen der westdeutschen Imperialisten, sich Westberlin voll und ganz einzuverleiben.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Hunderttausende streikten in den USA

In den USA haben die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die Unterdrückung und Ausbeutung durch die Monopolbourgeoisie im vergangenen Jahr einen großen Aufschwung genommen. Seit dem zweiten Weltkrieg hat es eine solche Welle von Streiks, die das ganze Land erfaßte, nicht gegeben.

Ein herausragendes Beispiel der Kampfentschlossenheit und der Standhaftigkeit der amerikanischen Arbeiter ist der Streik in der „Sloane Company" in Sun Valley, Kalifornien, der seit nunmehr fast genau zwei Jahren andauert und den die Kapitalisten weder durch Terror, Gerichtsurteile, Polizeieinsätze und Abschiebungsdrohungen gegen die mexikanischen Kollegen, noch durch die Spaltungsversuche und den Verrat ihrer Handlanger, der Gewerkschaftsbonzen unterdrücken konnten. An den Streiks des vergangenen Jahres beteiligten sich über drei Millionen Arbeiter, wobei die vielen kleineren und spontanen Streiks, die Kämpfe der Arbeiter und Angestellten im Öffentlichen Dienst und die der Nicht-Gewerkschaftsmitglieder noch nicht einmal mitgezählt sind.

Diese stürmische Entwicklung der Kämpfe ist die Antwort der Arbeiterklasse auf die schnelle Verschlechterung ihrer Lebenslage, auf die verschärfte Ausbeutung und die schweren Angriffe, die die Monopolbourgeoisie gerade jetzt, wo das Land von der schwersten Krise seit dem 2. Weltkrieg erfaßt ist, gegen die Arbeiter durchführt.

Allein im vergangenen Jahr schnellten die Preise für Lebensmittel und andere Konsumgüter um 12,2% in die Höhe, so daß es heute vielen Arbeiterfamilien immer schwerer fällt, mit ihrem Geld auszukommen. Sogar die offiziellen, vom US-Arbeitsministerium ausgegebenen Zahlen zeigen, daß in der gleichen Zeit die realen Löhne der Arbeiter um fast 5% gesunken sind, während die Profite der kapitalistischen Konzerne auf die Höhe von 90 Milliarden Dollar gestiegen sind.


Demonstrierende Arbeitslose in Alexandria

Zum ersten Mal seit 1940 ist die Zahl der Arbeitslosen auf über sechs Millionen angestiegen und hat die Rate von 7,1% erreicht, nicht eingerechnet alle diejenigen, die seit über einem Jahr nach Arbeit suchen, die Frauen und die Jugendlichen, die zum ersten Mal versuchen Arbeit zu finden. Am härtesten von der Arbeitslosigkeit betroffen sind die Angehörigen der nationalen Minderheiten, vor allem die schwarzen Arbeiter, die Arbeiter aus Mexiko und aus Puerto Rico, von denen fast jeder neunte Kollege arbeitslos ist. In manchen Städten wie Newark, Detroit oder Atlanta ist diese Zahl bereits auf über 50% gestiegen.

Dieses düstere Bild ist das Ergebnis der Expansion und Aggression der amerikanischen Imperialisten gegen die Völker der Welt in ihrem Kampf um die Vorherrschaft in der Welt, es ist das Ergebnis der hemmungslosen Ausplünderung der Werktätigen im eigenen Land, um Höchstprofite zu raffen. Besonders die Tatsache, daß die amerikanischen Imperialisten wie wahnsinnig die Staatsausgaben aufgebläht haben und die Rüstungsausgaben gesteigert haben, um sich riesige Profite zuzuschanzen und wodurch sie einen zeitweiligen Scheinaufschwung erzeugten, war in Wirklichkeit nichts anderes als die Methode, ein Loch aufzureißen, um ein anderes zu stopfen. **Dies wird die gegenwärtige Krise noch mehr verschärfen.** Schon heute ist die Höhe der Produktion im eigenen Land und die Beschäftigungsrate weitgehend von den Regierungsausgaben abhängig, die auf fast ein Viertel des Bruttonationalprodukts gestiegen sind, während in der gleichen Zeit die Plünderung der Staatskassen durch die Monopole ein Schuldenloch von 593,4 Milliarden Dollar erzeugt hat, was schließlich nur durch die verstärkte Auspressung der amerikanischen Werktätigen getilgt werden kann.

All das hat den Zorn und die Empörung der Arbeiterklasse hervorgerufen und ist die Ursache der gewaltigen Streikwelle in den USA. **Die Kämpfe der amerikanischen Arbeiter im vergangenen Jahr waren geprägt von wachsendem Kampfgeist und vom Geist der Einheit und der Solidarität.** Mehrmals erschütterten große Streiks, an denen sich Hunderttausende von Kollegen beteiligten, das ganze Land. Im Januar streikten mehr als 100 000 selbständige Lastwagenfahrer in 42 Staaten der USA gegen die Erhöhung der Ölpreise durch die Monopolkapitalisten und die Gefährdung ihrer Lebensinteressen durch die Regierung. Kurz danach legten 110 000 Arbeiter von 750 Bekleidungsfirmen die Arbeit nieder und 120 000 Kumpels der Zechen traten im August und im November in einen landesweiten Streik. Kennzeichnend ist auch, daß die Arbeiter vieler Industriezweige mehr als einen Monat im Kampf ausharrten und der Unterdrückung durch die Polizei und dem Verrat und der Sabotage der Gewerkschaftsführer trotzten. **Streiks von drei, vier und sechs Monaten Dauer waren keine Seltenheit.** In allen diesen Kämpfen zeigten vor allem die Arbeiter der nationalen Minderheiten, die am schwersten ausgebeutet werden, eine große Kampfentschlossenheit. Die mexikanischen Landarbeiter im Südwesten der USA z. B. führten das ganze Jahr über militante Kämpfe gegen die Monopolkapitalisten durch. Und erst in den vergangenen Wochen führten Tausende von Arbeitslosen in verschiedenen Städten Demonstrationen durch und verlangten Arbeit.

In ihren Kämpfen haben die Arbeiter der verschiedenen Industriezweige, die weißen, die schwarzen und die der anderen nationalen Minderheiten ihre Einheit untereinander und mit ihren arbeitslosen Klassenbrüdern verstärkt. Gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfend, werden sie sich auch in Zukunft noch enger im Kampf gegen die amerikanischen Imperialisten zusammenschließen.

Südkorea

Massenkampf gegen 'Volksabstimmung'

Um ihrer faschistischen Diktatur einen „legalen" Anstrich zu geben, hat die Pak Jung Hi Clique in Südkorea in der vergangenen Woche eine sogenannte Volksabstimmung durchführen lassen, in der sich Pak Jung Hi auf „demokratische Weise" und „vom Volk bestätigt, zum Diktator auf Lebenszeit machte. Diese sogenannte Volksabstimmung wie auch ihr Ergebnis haben in Wirklichkeit nicht das geringste mit den Wünschen der Bevölkerung Südkoreas nach wirklicher Demokratie und Freiheit zu tun.

Die Volksmassen Südkoreas hassen Pak Jung Hi und seine Clique, die das Land an die amerikanischen Imperialisten verkauft haben, die die Wiedervereinigung des koreanischen Volkes hintertreiben und die das Volk ausplündern und grausam unterdrücken. Um seine wirkliche Unabhängigkeit und Freiheit, die Wiedervereinigung der Nation zu erreichen, hat die Bevölkerung Südkoreas im vergangenen Jahr entschlossen gegen das faschistische Regime Pak Jung His gekämpft und es bis in die Grundfesten erschüttert.

Am Anfang des Jahres begannen die Studenten in den Universitäten des Landes mit der Kampagne „Eine Million Unterschriften", in der sie forderten, den Plan der „Volksabstimmung sofort fallenzulassen. Die Unterschriftenkampagne der Studenten entwickelte sich zum Kampf von über 400 000 Menschen der verschiedensten Bevölkerungsschichten gegen das faschistische Regime Pak Jung His selbst. Nur mit dem blutigsten faschistischen Terror, durch den Mord, die Verhaftung, Einkerkerung und Folterung von tausenden von Kämpfern gelang es der Pak Jung Hi Clique, diese Kämpfe vorübergehend zu unterdrücken.

Aber schon im April erhoben sich die studentischen Jugendlichen erneut, hielten im ganzen Land gegen das Regime gerichtete Demonstrationen ab und kämpften militant gegen die faschistische Polizei. Die Studenten erklärten: **„Lieber sterben wir im Kampf um die Freiheit, als unter der Tyrannei zu leben!" und „Wir werden bis zum letzten Mann, bis zum letzten Augenblick kämpfen!"** Schon im September beteiligten sich an diesen Kämpfen über 100 000 Menschen der verschiedensten Bevölkerungsschichten, mit der Arbeiterklasse an der Spitze. Mehrere tausend Arbeiter der größten Werft Südkoreas hielten Demonstrationen und Versammlungen ab, in denen sie die Beendigung der Unterstützung und der Bespitzelung durch den Geheimdienst verlangten und das Recht auf die Bildung von Gewerkschaften forderten. Angespornt durch die Werftarbeiter traten auch die Arbeiter anderer Industriezweige in den Kampf, darunter die der Behörden und Ämter der amerikanischen Imperialisten.

Alle diese Kämpfe, an denen sich auch die Angehörigen der verschiedenen Religionen, die fortschrittlichen und patriotischen Journalisten beteiligten, haben das Pak Jung Hi Regime in eine schwere Krise gestürzt. Angesichts dieser Situation war die sogenannte Volksabstimmung ein betrügerischer Plan des Pak Jung Hi Regimes unter dem Deckmantel der „Demokratie" die faschistische Diktatur aufrechtzuerhalten und gleichzeitig den Terror und die Unterdrückung zu verschärfen. In dem Versuch, jeden Widerstand gegen die „Volksabstimmung" zu unterdrücken, verbot das Regime alle Versammlungen, jede Äußerung in der Presse außer seiner eigenen Propaganda. Gleichzeitig startete die Pak Jung Hi Clique eine großangelegte Razzia gegen alle, die im Verdacht der Opposition standen und in deren Verlauf über 4 000 Menschen eingekerkert wurden. Der Boykott der „Volksabstimmung" war mit Verfolgung und Gefängnis bedroht. Durch Terror und durch Wahlfälschung wollte das Regime jede Opposition ausschalten und die „Abstimmung" zu einem hundertprozentigen „Erfolg" für sich machen.

Aber ungeachtet des Terrors und der Unterdrückung boykottierten über 20% der Bevölkerung die „Abstimmung" und drückten damit den Haß und die Verachtung des ganzen koreanischen Volkes gegen das Regime Pak Jung His aus. Diese Clique wird den Kampf des Volkes nicht unterdrücken können, das für seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpft.

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!

Spendet zur Unterstützung des Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes auf das Konto:
Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

KAMBODSCHA-SPENDEN

M. F., Neumünster, 9. 1., 220 DM – Arbeiterrunde Kiel-Friedrichshafen, 9. 1. 75, 68,95 DM – Arbeitertreff Hamburg-Altona, 9. 1. 75, 211 DM – Studententreff, 17. 1. 75, 17 DM – W. K., Essen, 21. 1. 75, 10 DM – Gründungsveranstaltung der RG Singen, 21. 1. 75, 106,25 DM – Kambodschaveranstaltung, Düsseldorf, 23. 1. 75, 250 DM – Arbeitertreff Hamburg Altona, 24. 1. 75, 52,40 DM – E. N., 28. 1. 75, 25 DM – D. M., Kiel, 29. 1. 75, 23 DM – Th. Sch., Westberlin, 31. 1. 75, 10 DM – Thälmannbuchladen, Kiel, 3. 2. 75, 131,52 DM – Th. Sch., Westberlin, 4. 2. 75, 46,40 DM – A. K., Westberlin, 4. 2. 75, 35 DM – I. S., Göttingen, 5. 2. 75, 4,50 DM – Jugendtreff der RG, Hamburg-Langenhorn, 6. 2. 75, 17,30 DM – Summe: 1 229,42 DM

SPENDEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER FRAP

Rote Garde, Erding, 8. 1. 75, 300 DM – J. H., Oberhausen, 15. 1. 75, 22,30 DM. Summe: 322 DM

Aus aller Welt

KAMBODSCHA

Die Volksstreitkräfte für die Nationale Befreiung Kambodschas töteten oder verwundeten im Januar 13 000 Marionettensoldaten der Lon Nol-Clique bzw. nahmen sie gefangen. Der Mekong ist für die Konvois der amerikanischen Imperialisten unpassierbar geworden, denn die Volksstreitkräfte haben nicht nur einen 70 km langen Streifen des Ufers erobert, sondern den Fluß auch durch Minengürtel abgesperrt. Bei dem Versuch, den Nachschub für Lon Nol auf dem Mekong fortzusetzen, verloren die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien bereits 154 Schiffe.

PORTUGAL

Am 7. Februar demonstrierten in Lissabon 8 000 Arbeiter gegen die Entlassung durch die Kapitalisten. Die Arbeiter marschierten in Arbeitsanzügen und mit Schutzhelmen durch die Straßen der Stadt. Über 200 000 Kollegen sind nun bereits in Portugal arbeitslos und es wird erwartet, daß ihre Zahl im nächsten Monat auf 300 000 ansteigt. Das entspricht 10% aller Beschäftigten des ganzen Landes. Bereits kurze Zeit zuvor hatten die Landarbeiter im Süden Portugals Landgüter der Großgrundbesitzer besetzt. Nicht nur, daß die Großgrundbesitzer sich riesige Landstriche angeeignet hatten, auf denen sie die Landarbeiter zu Hungerlöhnen ausbeuteten, sie ließen auch einen Großteil der Güter brachliegen und verkommen. Die Landarbeiter wollen jetzt das Land selbst bebauen.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT:	WELLENLÄNGE:
1. Programm:	
13.00 – 13.30	32 und 41 Meter
16.00 – 16.30	32 und 41 Meter
19.00 – 19.30	41 und 50 Meter
2. Programm:	
14.30 – 15.00	32 und 41 Meter
18.00 – 18.30	32 und 41 Meter
21.30 – 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
3. Programm:	
6.00 – 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 – 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle



RADIO PEKING

im Winter 43,7; 42,8 und 38.5 Meter
im Sommer 26,2 Meter
jeweils 19.00 – 20.00 und 21.00 – 22.00 Uhr

32 Meter entspricht 9,26 MHz; 41 Meter entspricht 7,23 MHz; 50 Meter entspricht 5,95 MHz; 215 Meter entspricht ca. 1 400 kHz Mittelwelle.

Agrarministertagung in Brüssel

Weitere Ruinierung der werktätigen Bauern

In Brüssel haben die Agrarminister der EG-Länder in der vergangenen Woche die neuen Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1975/76 ausgehandelt. Und wie in jedem Jahr gaben sie sich auch diesmal den Anschein entschiedener Kämpfer für die Interessen der Bauern ihrer Länder, während sie in Wirklichkeit über die verstärkte Ausplünderung der kleinen und mittleren Bauern verhandelten und sich im Auftrag der Monopolbourgeoisie ihrer Länder darüber stritten, wer die größten Brocken ergattert.

Sie einigten sich schließlich auf ein kompliziertes Preis- und Subventionssystem. Die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen und das Ergebnis selbst zeigen, daß sich angesichts der tiefen Krise, die alle Länder der EG erfaßt hat, sich auch die Widersprüche zwischen ihnen verschärfen. Für die kleinen und mittleren Bauern unseres Landes bringt die Anhebung der Erzeugerpreise, soweit sie überhaupt wirksam wird, keine Verbesserung ihrer Lage. Im Gegenteil, angesichts der Krise und der in die Höhe schnellenden Preise für Kunstdünger, Futtermittel und Maschinen wird sich ihre Lage weiter verschlechtern und viele von ihnen in den Ruin treiben. Die großen Nahrungsmittelkonzerne jedoch werden die neuen Preise zum Vorwand für die weitere Verteuerung der Lebensmittel nehmen, um ihre Profite zu erhöhen und den Versuch zu machen, die kleinen und mittleren Bauern als Feinde der Arbeiterklasse abzustempeln. Der folgende Bericht gibt ein anschauliches Bild über die schwere Lage der werktätigen Bauern.

ARBEITEN FÜR NICHTS UND WIEDER NICHTS

Ich möchte hier einmal die Situation in einem landwirtschaftlichen Kleinbetrieb schildern:

Unser Hof gehört zu den 39% „Nebenerwerbsbetrieben" in der DBR. D.h. mein Vater arbeitet zunächst seine 8 Stunden am Tag ab, und bewirtschaftet dann nach Feierabend und in seinem Urlaub zusammen mit der ganzen Familie noch einen 5 ha Betrieb.

Mein Vater mußte sich noch zusätzlich Arbeit suchen, weil der kleine Betrieb nicht mehr genug abwarf. Hätte sich die Arbeit rentieren sollen, so hätten wir noch mehr Land zupachten oder kaufen müssen — dazu aber hatten wir kein Geld. Also ging mein Vater arbeiten und wir bewirtschafteten den Hof nebenbei, weil wir glaubten, unser Einkommen dadurch erhöhen zu können. Aber es zeigte sich bald, daß das ein Irrtum ist. Durch die verstärkte kapitalistische Krise stiegen die Ausgaben gegenüber den Einnahmen immer weiter an. So muß der Bauer 1974 durchschnittlich 25% mehr für Kunstdünger bezahlen als im Jahr zuvor. Und ca. 15% mehr für Futtermittel.

Die Preise für den Doppelzentner Getreide liegen 1949 und 1974 bei ca. 40 — 50 DM!

Der Bauer muß also seine Einnahmen vom Vieh-, Getreide- und Kartoffelverkauf für die Tilgung seiner Dünger- und Futtermittelschulden, sowie für die Reparatur seiner Maschinen aufbringen.

Wenn man aber den Kunstdünger kauft, hat man noch kein Geld (das kommt erst nach der Ernte), man muß also Kredite aufnehmen bei den Handelsgenossenschaften. Diese privaten Kredite aber werden mit 13-15% verzinst.
(Es gibt zwar für Bauern zinsgünstigere Kredite bei den Banken — diese aber erhalten nur Vollerwerbsbetriebe).

Man arbeitet also 12-14 Stunden am Tag (sonnabends und in der Ernte auch sonntags) und verdient damit kaum seinen Lebensunterhalt. Bei uns ist es sogar so, daß wir den Lohn meines Vaters noch mit in den Betrieb hineinstecken müssen — deshalb müssen wir unseren Betrieb auch aufgeben.
Mein Vater hat seine Arbeit und seinen Lohn. Wir aber sind nicht der einzige Betrieb in unserem Dorf, dem es so geht. Über kurz oder lang werden noch mehrere kleine Bauern ihren Betrieb aufgeben müssen. Sie haben aber weiter keinen Beruf, und müssen als Hilfsarbeiter ihren Lebensunterhalt verdienen. Wo aber sollen sie noch Arbeit finden, wenn sogar für die Industriearbeiter die Arbeitsplätze nicht gesichert sind?
So sieht die Situation der Kleinbauern aus. Aber auch den Mittelbetrieben geht es nicht viel besser: diese Betriebe sind fast ausschließlich Familienbetriebe. Das sieht dann so aus, daß zwei bis vier Personen tagein tagaus schuften, um einigermaßen was zu verdienen.

Wie aber sieht es auf den Gütern der Großgrundbesitzer aus und auf den Höfen der Großbauern? Diese kaufen meist das Land der Bauern auf, die ihren Betrieb aufgeben mußten. Der kapitalistische Staat unterstützt diese Betriebe durch zinsgünstige Kredite und Subventionen. Daher beträgt auch der Einkommensunterschied zwischen Klein- und Großbetrieb 1:47 (in der Industrie 1:12)!

Es zeigt sich ganz klar, daß auch der kleine und mittlere Bauer letzten Endes nur ein Unterdrückter und Ausgebeuteter ist. Die Bauern sehen auch ganz klar, daß es so nicht weiter gehen kann, und sie sind bereit, für ihre Interessen zu kämpfen (das haben die Bauerndemonstrationen ganz klar gezeigt). Aber die Kapitalisten haben durch ihren Bauernverband und Landvolkverband noch großen Einfluß auf die Bauern. Und genau darin besteht unsere Aufgabe: das parasitäre kapitalistische System zu entlarven, und den Bauern den einzigen Ausweg aus diesem Teufelskreis zu zeigen, den Sozialismus.

Hamburg

Palästinafest

Seit zehn Jahren kämpft das palästinensische Volk mit dem Gewehr in der Hand, um seine Heimat von den israelischen Zionisten und ihren Oberherren den amerikanischen Imperialisten zu befreien. In diesen zehn Jahren hat sich der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes zur mächtigen Flamme des revolutionären Volkskrieges entwickelt und überall in der Welt breite Unterstützung gefunden. Zur Feier der Siege der palästinensischen Revolution hatten unsere Partei und die ROTE GARDE, das Palästinakomitee und verschiedene revolutionäre Organisationen ausländischer Studenten in Hamburg zum Besuch eines palästinensischen Volksfestes aufgerufen. Über tausend palästinensische, andere arabische, und ausländische und deutsche Arbeiter und Studenten waren diesem Aufruf gefolgt. Voller Begeisterung hörten sie die Lieder und Volksweisen des palästinensischen Volkes, die von palästinensischen Arbeitern und Studenten selbst vorgetragen wurden. Im gemeinsamen Tanz feierten sie die Freundschaft zwischen dem deutschen und palästinensischen Volk, die auch in den Liedern des Agitproptrupps der KPD/ML, „Rotes Sprachrohr" zum Ausdruck kam. Der revolutionäre Geist des Festes drückte die feste Zuversicht aus, daß das palästinensische Volk seine Heimat bestimmt befreien wird und alle Komplotte und Aggressionen der israelischen Zionisten und der beiden Supermächte, der USA und der Sowjetunion vereiteln wird.



Der Agitprop-Trupp „Rotes Sprachrohr" singt revolutionäre Lieder

Pharmazeutische Industrie

Menschen als 'Versuchskanienchen'

Die Bundesregierung und der Verband der pharmazeutischen Industrie übten heftige Kritik an der Fernsehsendung „Monitor" vom 20. 1. 1975, die in ihrer Reportage die Vorwürfe erhob, in der Bundesrepublik würden Patienten ohne ihr Wissen als „Versuchskaninchen" für neue Arzneimittel mißbraucht (siehe Frankfurter Rundschau vom 25. 1. 1975). Meine persönlichen Erfahrungen gehen über die in „Monitor" gemachten Ausführungen noch hinaus.

Im Januar 1972 wurde an einer Universitätsklinik bei mir eine Behandlung mit dem neuen Hormon Prostaglandin durchgeführt. Ich wurde von dem behandelnden Arzt weder darüber informiert, daß es sich um ein vollkommen neues noch nicht ausreichend klinisch erprobtes Präparat handelte, noch wurde ich um mein Einverständnis gebeten. Mir wurde auch keine Alternative in der Behandlung geboten.

Da die Behandlung nicht sofort zu dem gewünschten Ergebnis führte, wurde mir die höchstzulässige Hormondosis gegeben. Nach 24 Stunden war ich so geschwächt, daß sich die Narkoseärztin weigerte, mir eine Narkose zu geben, um mich für die Operation, die der Arzt mir angeblich mit dem neuen Präparat ersparen wollte, vorzubereiten. Das Endergebnis war, daß meine Blutzuckerwerte lebensgefährlich von einem Extrem ins andere fielen und ich drei Wochen im Krankenhaus bleiben mußte, um meine Stoffwechsellage zu stabilisieren.


Kranke auf den Krankenhausfluren: Kapitalistische „Sorge" um die Gesundheit

Nach meiner Entlassung stellte ich Nachforschungen zu dem betreffenden Präparat an und fand heraus, daß 1.) dieses zu dem genannten Zeitpunkt in keinem Land der Welt offiziell von den Gesundheitsbehörden zugelassen war und 2.) bei mir als schwerem Fall von Diabetes die Behandlung mit dem Hormonpräparat nicht zulässig war (siehe Artikel im „Journal of Obstetrics and Gynaecology of the British Empire, Vol. XIV, No. 1, Feb 57).

Die Feststellung des Arztes, daß mein Fall einzigartig in der BRD sei, konnte ich nur als Zynismus empfinden.

Für mich ergab sich aus den Ergebnissen meiner Nachforschungen der Widerspruch, wie Ärzte, die in der Öffentlichkeit doch immer wieder auf ihr hohes Berufsethos pochen, in Zusammenarbeit mit der pharmazeutischen Industrie so offensichtlich gegen die Interessen der Patienten verstoßen können.

Als ich dann feststellte, daß Ärzte für die Durchführung klinischer Untersuchungen von neuen Arzneimitteln beträchtliche Summen von der pharmazeutischen Industrie erhalten, wurde mir alles klar.

Man sieht also, daß die Ärzte und die pharmazeutische Industrie keine Medizin im Dienste des Volkes betreiben, sondern ihren Profiten nachstreben.

Eine „Rote Morgen" Leserin aus Berlin

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr: 16.30-18.30, Sa: 9-13 Uhr.

BREMEN
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi: 16-19, Sa 9-13.

DORTMUND
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/41 13 30. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14-18, Sa 9-13 Uhr.

HAMBURG
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

HANNOVER
Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

KIEL
Thälmann-Buchladen, Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 7 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13.

LÜBECK
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

MANNHEIM
Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNCHEN
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNSTER
Hafenstr. 80. Tel.: 0251/66 13 25. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

STUTTGART
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

WESTBERLIN
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 030 / 465 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Parteiveranstaltung

VERANSTALTUNG DER ROTEN GARDE HAMBURG

„Verhindert den Schreibtischmord an Sascha!" 27. 2., 19 Uhr, Oelkersallee 5.

GROSSVERANSTALTUNG
anläßlich der Gründung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS

23. 3., 17 Uhr, Hamburg-Wilhelmsburg, Vogelhüttendeich, „Stübens Gesellschaftsräume" Großer Saal.